

A series of colorful, overlapping lines in blue, orange, yellow, green, and red that loop and curve across the page, framing the main title and pointing towards the GEW logo.

Bildung. Weiter denken!

A smaller version of the GEW logo, consisting of the letters 'GEW' in white on a red, slanted rectangular background, positioned to the right of the main title.

GEW/

Bildungsfinanzierung: Systematisch ausgebremst – Zukunft gefährdet

Zahlen und Fakten kompakt

von Prof. Dr. Mechthild Schrooten

Informationen zur Autorin

Mechthild Schrooten ist Professorin für Volkswirtschaftslehre an der Hochschule Bremen und Sprecherin der „Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik“ (Memogruppe).

Impressum

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Hauptvorstand
Verantwortlich: Marlis Tepe (V.i.S.d.P.)
Reifenberger Straße 21
60489 Frankfurt am Main
Telefon: 069/78973-0
Fax: 069/78973-202
E-Mail: info@gew.de
www.gew.de

Redaktion: Matthias Heidn, Timm Schützhofer
Gestaltung: Karsten Sporleder, Wiesbaden
Druck: Druckerei Leutheußner, Coburg

Artikel-Nr.: 2176

Bestellungen bis 9 Stück richten Sie bitte an:

broschueren@gew.de
Fax: 069/78973-70161

Bestellungen ab 10 Stück erhalten Sie im GEW-Shop:

www.gew-shop.de
gew-shop@callagift.de
Fax: 06103-30332-20

Einzelpreis 1,00 Euro zzgl. Versandkosten.


Februar 2020

Inhalt

VORWORT	7
1. EINLEITUNG: BILDUNG KOSTET	9
2. DAS BUDGET FÜR BILDUNG, FORSCHUNG UND WISSENSCHAFT	10
3. BUDGET FÜR BILDUNG, FORSCHUNG UND WISSENSCHAFT: ERHEBLICHE DIFFERENZ ZWISCHEN PLAN UND REALITÄT	13
4. FOKUS: BILDUNGSAusgaben IN DEUTSCHLAND	16
4.1 Ausgaben: Elementarbereich (ISCED 0)	17
4.2 Ausgaben: Schulen und schulnaher Bereich (ISCED 1–4)	18
4.3 Ausgaben: Tertiäre Bildung (ISCED 5–8)	20
4.4 Weitere Bildungsausgaben – in internationaler Abgrenzung	22
4.5 Andere bildungsrelevante Ausgaben – in nationaler Abgrenzung	23
4.6 Veränderung der Ausgabenstruktur	23
5. BILDUNG, FORSCHUNG UND WISSENSCHAFT: WOHER KOMMT DAS GELD?	25
6. INTERNATIONALER VERGLEICH	28
6.1 Bildungsausgaben je Bildungsteilnehmer*in im internationalen Vergleich	29
6.2 Bildungsausgaben in Prozent des Bruttoinlandsprodukts im internationalen Vergleich	32
7. NICHT-MONETÄRE INDIKATOREN – QUALITÄT DER BILDUNG	33
7.1 Kinderbetreuung	33
7.2 Bildungsabschlüsse	35
7.3 Junge Erwachsene ohne Berufsausbildung	36
7.4 Studienanfangsquoten und Studienabbruchsquoten	37
8. FAZIT	39
LITERATUR	40

TABELLENVERZEICHNIS

Tab. 1: Zusammensetzung des Budgets für Bildung, Forschung und Wissenschaft	11
Tab. 2: ISCED (International Standard Classification of Education)	12
Tab. 3: Anteil an den gesamten Bildungsausgaben in Prozent (internationale Abgrenzung)	24
Tab. 4: Finanzierungsanteile an den Gesamtausgaben für Bildung, Forschung und Wissenschaft	26
Tab. 5: Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung im Jahr 2016 nach Eigentumsform der Bildungseinrichtung	34
Tab. 6: Schulabgänger*innen nach Bildungsabschluss	34/35

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abb. 1:	Bildungsgipfel: Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft – Zielgrößen ab 2015	10
Abb. 2:	Ausgaben für Bildung, Forschung und Wissenschaft	13
Abb. 3:	Ausgaben für Bildung, Forschung und Wissenschaft – Zielverfehlung in Mrd. Euro	14
Abb. 4:	Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft 2017	15
Abb. 5:	Bildungsausgaben in Prozent des Bruttoinlandsprodukts	16
Abb. 6:	Bildungsausgaben Elementarbereich in Mrd. Euro	17
Abb. 7:	Bildungsausgaben Elementarbereich in Prozent des Bruttoinlandsprodukts	18
Abb. 8:	Ausgaben für Schulen und für den schulnahen Bereich (ISCED 1–4) in Prozent des Bruttoinlandsprodukts	19
Abb. 9:	Ausgaben für Akademische Bildungsgänge in Mrd. Euro	20
Abb. 10:	Ausgaben für Akademische Bildungsgänge in Prozent des Bruttoinlandsprodukts	21
Abb. 11:	Ausgaben privater Haushalte außerhalb von Bildungseinrichtungen für Bildungsgüter und Bildungsdienste sowie Ausgaben für die Förderung von ISCED-Bildungsteilnehmenden in Prozent des Bruttoinlandsprodukts	22
Abb. 12:	Betriebliche Weiterbildung in Mrd. Euro	23
Abb. 13:	Ausgaben für Bildung, Forschung und Wissenschaft pro Kopf in Euro	25
Abb. 14:	Kumulierte Bildungsausgaben pro Bildungsteilnehmer*in vom 6. bis 15. Lebensjahr; in US-Dollar	28
Abb. 15:	Ausgaben pro Bildungsbeteiligten im Primarbereich (2016); in US-Dollar	29
Abb. 16:	Ausgaben pro Bildungsbeteiligten im Sekundarbereich (2016); in US-Dollar	30
Abb. 17:	Bildungsausgaben in Prozent des Bruttoinlandsprodukts (2016)	31
Abb. 18:	Betreuungsquote der unter 3-jährigen Kinder	33
Abb. 19:	Anteil der jungen Erwachsenen ohne Berufsausbildung in Prozent der Altersgruppe	36
Abb. 20:	Studienanfänger*innenquote	37
Abb. 21:	Studienabbruchquote – Bachelor	38

Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

alle Verbesserungen im Bildungsbereich, seien es die Rahmenbedingungen für die Lernenden oder die Arbeits- und Einkommensbedingungen der Beschäftigten, kosten Geld. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) setzt sich deshalb dafür ein, dass mehr Geld in gute Bildung investiert wird. Denn eine „vernünftige“ Ausstattung des Bildungswesens ist eine zwingende Voraussetzung für eine demokratische, inklusive, soziale und auch ökonomisch nachhaltige Gesellschaft.

Beim Dresdner Bildungsgipfel im Jahr 2008 beschlossen Bundeskanzlerin Angela Merkel und die Ministerpräsidenten der Länder das Ziel, Deutschland nach dem PISA-Schock und weiteren negativen Ergebnissen bei internationalen Bildungsvergleichen wieder nach vorne zu bringen. Bildung sollte wieder Priorität erlangen.

Ab 2015 sollten 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für die Bereiche Bildung (7 Prozent) und Forschung (3 Prozent) eingesetzt werden. Vor diesem Hintergrund wurden auf dem Dresdner Bildungsgipfel quantitative und qualitative Ziele beschlossen. So sollten z. B. die Kindertagesbetreuung von unter 3-Jährigen auf 35 Prozent ausgebaut, während die Quote der Schulabgänger*innen ohne Schulabschluss und junger Erwachsener ohne Berufsausbildung halbiert werden sollte. Zusätzlich sollte die Quote der Studienanfänger*innen gesteigert und die der Studienabbrecher*innen gesenkt werden.

Mit dieser Studie belegt Prof. Dr. Mechthild Schrooten von der Hochschule Bremen, dass die Politik bei der Erreichung ihrer selbst gesetzten Ziele im Wesentlichen krachend gescheitert ist: Nur wenige Ziele wurden erreicht, die meisten nicht! Leidtragende dieses Misserfolgs sind die Beschäftigten in allen Bildungsbereichen. Verlierer*innen sind aber auch Schüler*innen, Eltern und die gesamte Gesellschaft, weil die immer wieder festgestellten Mängel des Bildungswesens in Deutschland so nicht beseitigt werden können.

Die Auseinandersetzung um die Finanzpolitik und das Eintreten für eine verbesserte finanzielle Ausstattung der Bildung ist das „Bohren dicker Bretter“. Hinzu kommt, dass Bildung zunehmend in starker Konkurrenz zu anderen Politikfeldern steht: Finanzierung von Rente, Pflege, Umweltschutz und Strukturwandel stehen oft stärker im Fokus der Politik.

Deshalb ist es umso notwendiger, sich mit den Fakten der aktuell dominierenden Denk- und Handlungsweise der Politik und der einflussreichen bildungspolitischen Interessensgruppen auseinanderzusetzen und sie u. a. immer wieder an die nicht eingehaltenen Versprechungen des Dresdner Bildungsgipfels zu erinnern. Das 10-Prozent-Ziel für Bildung muss zur Messlatte für verantwortungsvolle Politik werden.

Wir hoffen, dass wir mit dieser Studie und mit den weiteren GEW-Materialien zur Finanzpolitik eine gute Grundlage dafür gelegt haben, damit wir uns auf allen Ebenen verstärkt und erfolgreich in die finanzpolitische Diskussion einmischen können.

Marlis Tepe
Vorsitzende der GEW



Marlis Tepe

[zurück zum Inhalt](#)

1. Einleitung: Bildung kostet

Mehr als zehn Jahre sind vergangen, seitdem die „Bildungsrepublik Deutschland“ ausgerufen wurde.¹ Dem deutschen Bildungssystem waren insbesondere bei internationalen Vergleichen erhebliche Schwächen attestiert worden. Daher wollten die politisch Verantwortlichen den Bereich Bildung zur Priorität machen. Das war im Herbst des Jahres 2008.

In diesem Rahmen wurden klare Ausgabenziele und damit Vorgaben für ein sogenanntes Bildungsbudget formuliert. Ab 2015 sollten demnach 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für die Bereiche Bildung, Forschung und Wissenschaft verwandt werden. Genau genommen sollten es 7 Prozentpunkte für Bildung und 3 Prozentpunkte für Forschung und Wissenschaft sein. Dabei ist jedoch der Begriff „Bildungsbudget“ irreführend. Denn in den Zielgrößen von 7 bzw. 3 Prozent des BIPs sind nicht nur öffentliche Ausgaben enthalten. Vielmehr werden private Ausgaben und auch Zuwendungen aus dem Ausland eingerechnet.

Neben der Ausgabenquote wurden weitere, qualitätsorientierte Zielgrößen vereinbart. So sollten beispielsweise die Quote an Schulabgänger*innen ohne Schulabschluss ebenso wie die Quote an jungen Erwachsenen ohne Berufsausbildung halbiert werden. Zudem sollte die Kindertagesbetreuung von unter 3-Jährigen auf 35 Prozent erhöht werden.

Der Bildungsgipfel fand auf dem Höhepunkt der internationalen Finanzkrise 2008 statt. Seitdem hat sich vieles getan. Bankenrettungsversuche und gesamtwirtschaftliche Stützungsprogramme verschlangen Milliarden Euro. Die „Schuldenbremse“ wurde als Zielfunktion der öffentlichen Haushalte im Grundgesetz verankert.

Verändert haben sich jedoch nicht nur die Finanzierungsbedingungen für Bildung, Forschung und Wissenschaft, sondern auch die rechtlichen Rahmenbedingungen für Bildung, Forschung und Wissenschaft. Herausforderungen wie der Ausbau von Ganztagschulen, die Integration von Geflüchteten, die Digitalisierung sowie ein eklatanter Lehrer*innenmangel prägen heute den Alltag. Darüber hinaus schlagen gesetzliche Änderungen wie das „Gute

Kita-Gesetz“ und internationale Verpflichtungen – Stichwort „Inklusion“ – zu Buche. Alles in allem sind die Ansprüche an das Bildungssystem gestiegen. Die Finanzausstattung blieb jedoch hinter den Zielgrößen zurück. Die selbst gesetzten Ziele wurden weitgehend verfehlt.

Es ist ein gängiges Muster, Minderausgaben mit der gesamtwirtschaftlichen Situation zu erklären. Dieses Erklärungsmuster greift jedoch im Falle der Ausgabenziele für Bildung, Forschung und Wissenschaft nicht. Trotz relativ guter gesamtwirtschaftlicher Rahmenbedingungen wurde das Ziel verfehlt. Vielmehr wurden die vorhandenen haushaltspolitischen Spielräume nicht für eine entsprechende Steigerung der Zukunftsausgaben in Bildung genutzt. Das Erreichen der „Schwarzen Null“ war wichtiger.

Die Unterfinanzierung des Bildungssektors geht demnach auch auf die Grundausrichtung in der Wirtschafts- und Finanzpolitik zurück. Das neoliberale Staatsverständnis hat eine wirksame Strahlkraft auf den Bildungssektor entwickelt. Die „Schuldenbremse“ hat Verfassungsrang. Demnach sind der Nettokreditaufnahme des Bundes seit 2016 enge Grenzen durch das Grundgesetz gesetzt. Die „Schuldenbremse“ für die Bundesländer gilt ab dem Jahr 2020. Es ist davon auszugehen, dass dies 2020 zu weiteren Finanzierungsengpässen führt. Den Gemeinden, die beispielsweise für den Schulbau zuständig sind, sind ohnehin enge finanzielle Grenzen gesetzt.

Inzwischen wird immer breiteren Kreisen klar, dass die „Schuldenbremse“ hohe Kosten verursacht. Die „Schuldenbremse“ kann zur Zukunftsbremse werden. Dies ist für den Bildungssektor ein bedrohliches Szenario.

Der vorgelegte Bericht startet mit Finanzierungsfragen und verbindet diese in einem zweiten Schritt mit sogenannten Qualitätsindikatoren. Vor diesem Hintergrund werden aktuelle Entwicklungen, aber auch längerfristige Trends diskutiert. Die Ziele des Bildungsgipfels werden in wesentlichen Punkten systematisch verfehlt. Bis heute bleibt der Bildungssektor unterfinanziert. Diese „Planverfehlung“ verursacht hohe gesellschaftliche Kosten. Politik reagiert auf Druck. Diese Studie liefert Zahlen und Argumente.

[zurück zum Inhalt](#)

¹ Vgl. Die Bundesregierung. Die Regierungschefs der Länder (2008): Aufstieg durch Bildung. Die Qualifizierungsinitiative für Deutschland. Dresden Oktober 2008. <https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/Bildung/AllgBildung/2008-10-22-Qualifizierungsinitiative.pdf>

2. Das Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft

Beim „Bildungsgipfel“ 2008 hatten sich Bund und Bundesländer darauf verständigt, Maßnahmen zu ergreifen, um ein sogenanntes Bildungs-Forschungs-Wissenschafts-Budget von 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts abzusichern. Demnach sollten die Ausgaben für Bildung, Forschung und Wissenschaft ab dem Jahr 2015 bei mindestens 10 Prozent des Bruttoinlandsproduktes liegen. Dabei sollten 7 Prozentpunkte auf Bildungsausgaben und 3 Prozentpunkte auf Forschung und Wissenschaft entfallen (**Abbildung 1**). Es geht bei diesen Ausgaben nicht nur um öffentliche Ausgaben, sondern auch um private Bildungs- und Forschungsausgaben. Eingerechnet werden auch Zahlungen, die beispielsweise das Ausland als Forschungsausgaben etwa im Zuge von Drittmittelprojekten an Hochschulen leistet.

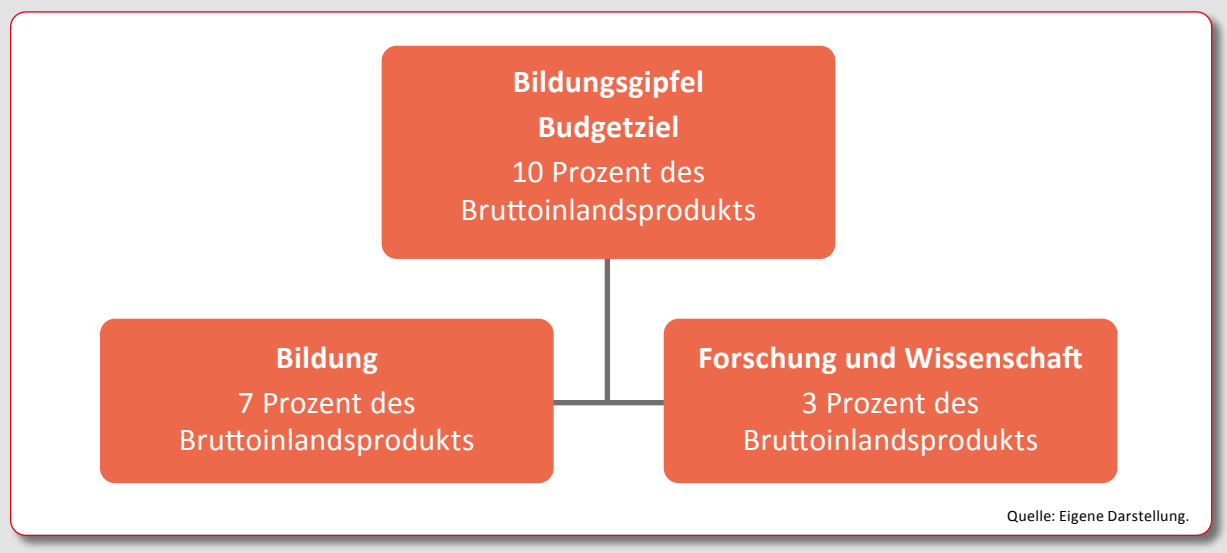
Grundsätzlich unterscheidet das Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft zwischen den Bildungsausgaben einerseits und den Ausgaben für Forschung und Wissenschaft andererseits. Die in Deutschland zugrunde gelegte nationale Definition von Bildungsausgaben unterscheidet sich von der internationalen Abgrenzung deutlich. Bei der internationalen Abgrenzung von Bildungsausgaben stehen die formalen Bildungsausgaben im Mittelpunkt (A). Bei der nationalen Definition von Bildungsaus-

gaben werden darüber hinaus beispielsweise Ausgaben für betriebliche Weiterbildung eingerechnet. Diese Ausgaben für non-formale Bildungsprogramme (B) werden bei der internationalen Abgrenzung von Bildungsausgaben nicht berücksichtigt. Ausgaben für formale und non-formale Bildung ergeben das sogenannte Bildungsbudget (A+B). Die nationale Abgrenzung von Bildungsausgaben, auf die sich die 7-Prozent-Zielgröße des „Bildungsbudgets“ beziehen, geht über die internationale hinaus.

Zusätzlich werden beim Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft Ausgaben für Forschung und Entwicklung (C) sowie Ausgaben für die sonstige Bildungs- und Wissenschaftsinfrastruktur (D) berücksichtigt. Methodisch ergibt sich dabei das Problem, dass an den Hochschulen geleistete Forschung und Entwicklung beiden Bereichen „Bildung“ und „Forschung und Wissenschaft“ zugerechnet wird. Das Gesamtbudget für Bildung, Forschung und Wissenschaft muss daher um diese Doppelzählung bereinigt werden (**Tabelle 1**).

Der Begriff „Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft“ ist allerdings – wie bereits bemerkt – irreführend. Tatsächlich werden die finanziellen Mittel für Bildung, Forschung und Wissenschaft nur zum Teil von den öffent-

Abb. 1: Bildungsgipfel: Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft – Zielgrößen ab 2015



Tab. 1: Zusammensetzung des Budgets für Bildung, Forschung und Wissenschaft

A	Bildungsbudget nach internationaler Abgrenzung (ISCED-Gliederung)
B	Zusätzliche Bildungsausgaben nach nationaler Abgrenzung (z. B. Betriebliche Weiterbildung, Volkshochschule)
A+B	Bildungsbudget
C	Forschung und Entwicklung
D	Sonstige Bildungs- und Wissenschaftsinfrastruktur
A+B+C+D	Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft (bereinigt um Doppelzählungen im Bereich Wirtschaft und Forschung an Hochschulen)

Quelle: Darstellung auf der Grundlage von Statistisches Bundesamt (Destatis): Bildungsausgaben. Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft. Verschiedene Ausgaben.

lichen Haushalten bereitgestellt. Vielmehr werden unter dem Begriff „Bildungsbudget“ die Bildungsausgaben der öffentlichen Hand ebenso wie die Bildungsausgaben der privaten Haushalte und auch die Mittelzuflüsse zur

Bildungsfinanzierung aus dem Ausland – etwa bei Drittmittelprojekten an den Hochschulen zusammengefasst.

Kasten 1: Datenlage

Daten zur Bildungsfinanzierung werden vom Statistischen Bundesamt, aber auch von internationalen Organisationen bereitgestellt. Für Deutschland wird vom Statistischen Bundesamt regelmäßig ein Bericht zu den Bildungsausgaben vorgelegt. Dieser Bericht mit dem Titel „Bildungsausgaben. Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft“ stellte im Jahr 2019 Daten vor, die bis zum Jahr 2017 reichen. Der Bildungsfinanzbericht 2018, der vom Statistischen Bundesamt im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland erarbeitet wurde, greift für die Jahre 2016 und 2017 teilweise auf Schätzungen zurück.

In der Darstellung der Ausgaben für Bildung, Forschung und Wissenschaft unterscheidet das Statistische Bundesamt zwischen der Durchführungsbetrachtung und der Finanzierungsbetrachtung. Bei der Durchführungsbetrachtung steht die Frage im Mittelpunkt: Welcher Bereich erbringt die Leistung? Beispiel: Elementarbereich. Bei der Finanzierungsbetrachtung steht die Frage im Mittelpunkt: Wer finanziert die Leistung? Beispiel: Privater Bereich. Letztendlich stellen beide Betrachtungen den gleichen Sachverhalt aus unterschiedlichen Perspektiven dar. Die Finanzierungsrechnung liegt bislang nur bis zum Jahr 2016 vor. Die Durchführungsrechnung bis 2017.

Bei der nationalen Betrachtung in Deutschland wird ein breiter Begriff von Bildungsausgaben verwandt. So werden Ausgaben für den non-formalen Bildungssektor – beispielsweise für Volkshochschulen und betriebliche Weiterbildung – in der nationalen Betrachtung berücksichtigt. Bei der internationalen Betrachtung werden solche Ausgaben nicht einbezogen. Um den internationalen Vergleich zu ermöglichen, legt die Organisation for Economic Cooperation and Development (OECD) international weitgehend standardisierte Daten vor. Diese werden in der regelmäßig erstellten Studie – „Education at a Glance“ – veröffentlicht. Um den internationalen Vergleich der Daten zur Bildungsfinanzierung zu gewährleisten, wird im Folgenden auf die ISCED-Klassifizierung (International Standard Classification of Education) zugrunde gelegt (**Table 2**).

Insgesamt gilt jedoch: Weder auf der nationalen noch auf der internationalen Ebene reichen die offiziellen Zeitreihen bis an den aktuellen Rand. Dennoch lassen die vorhandenen Datensätze klare Trends erkennen und ermöglichen so die Analyse der Finanzausstattung von Bildung, Forschung und Wissenschaft in Deutschland.

Tab. 2: ISCED (International Standard Classification of Education)

ISCED-Stufe	Bereich
ISCED 0	Elementarbereich z. B. Krippen, Kindergärten
ISCED 1	Primarbereich z. B. Grundschulen; Klasse 1–4
ISCED 2	Sekundarbereich I z. B. Schulen (Klasse 5–10); Berufsvorbereitungsjahr
ISCED 3	Sekundarbereich II z. B. Schulen (Klasse 11–13); Berufsschulen (Duales System)
ISCED 4	Postsekundärer nicht-tertiärer Bereich z. B. Kollegs, Berufsoberschulen, Berufsfachschulen
ISCED 5	Kurzes tertiäres Bildungsprogramm z. B. Meister*innenausbildung
ISCED 6	Bachelorprogramm bzw. gleichwertiges Bildungsprogramm z. B. Bachelorstudium an Universitäten oder Fachhochschulen, Techniker*innenausbildung, Schulen für Erzieher*innen
ISCED 7	Masterprogramm bzw. gleichwertiges Bildungsprogramm z. B. Masterstudium an Universitäten und Fachhochschulen
ISCED 8	Promotion
ISCED 9	Keiner ISCED-Klassifikation zuzuordnen

Quelle: Eigene Darstellung auf der Grundlage des Bildungsfinanzberichts.

[zurück zum Inhalt](#)

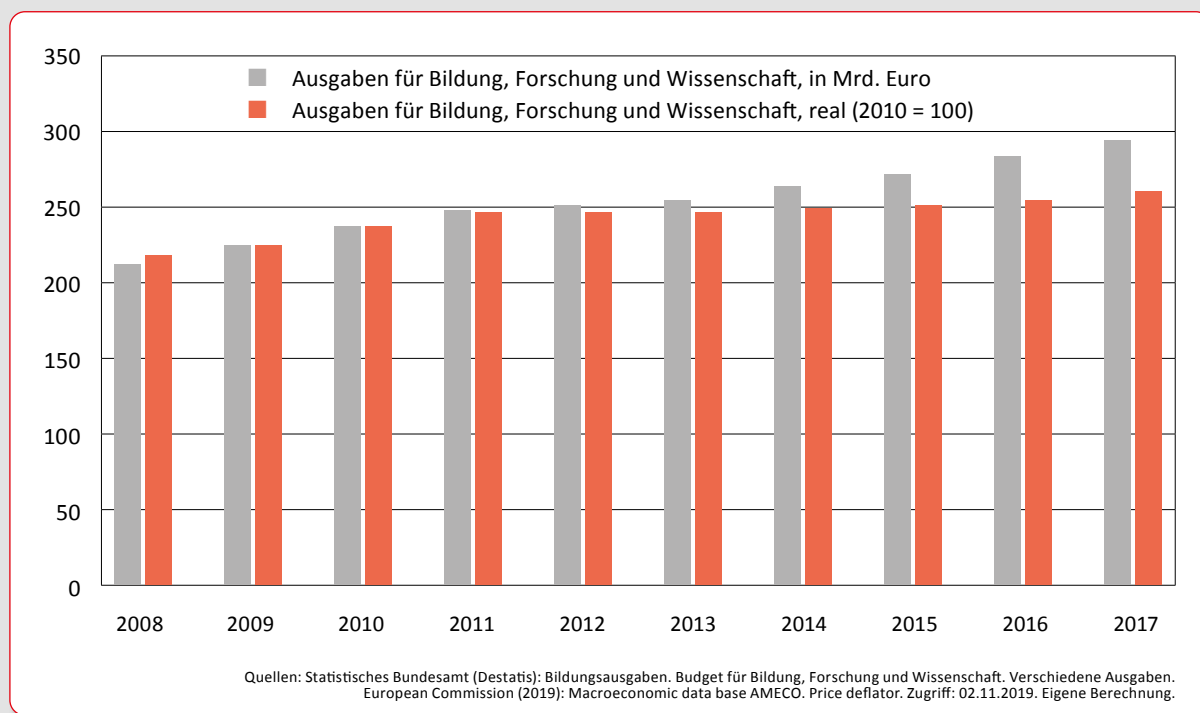
3. Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft: Erhebliche Differenz zwischen Plan und Realität

Mehr als zehn Jahre sind vergangen, seitdem die „Bildungsrepublik Deutschland“ ausgerufen wurde.² Dem deutschen Bildungssystem waren insbesondere bei internationalen Vergleichen erhebliche Schwächen attestiert worden. Daher wollten die politisch Verantwortlichen den Bereich Bildung zur Priorität machen. Das war im Herbst des Jahres 2008.

Zwar sind die Ausgaben für „Bildung, Forschung und Wissenschaft“ im Zeitverlauf in Deutschland gestiegen (**Abbildung 2**), allerdings wird nach wie vor das Ausgabeziel von 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts verfehlt:³

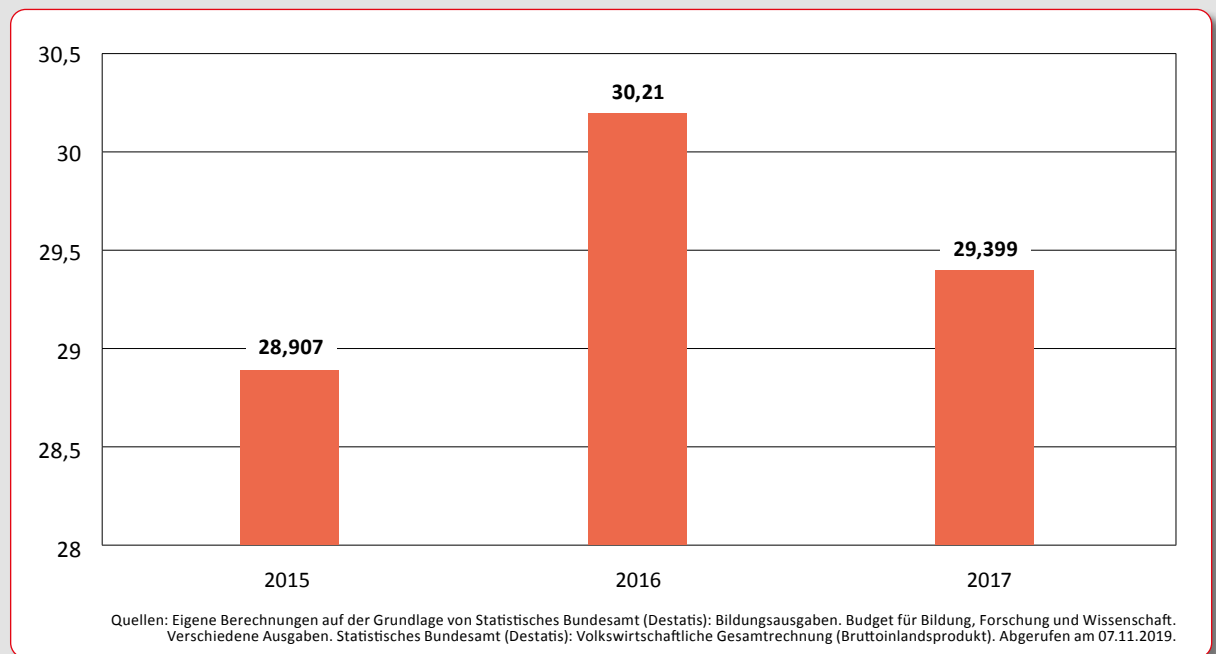
Faktisch fehlen **jährlich** etwa 30 Mrd. Euro im sogenannten Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft

Abb. 2: Ausgaben für Bildung, Forschung und Wissenschaft



2 Vgl. Die Bundesregierung. Die Regierungschefs der Länder (2008): Aufstieg durch Bildung. Die Qualifizierungsinitiative für Deutschland. Dresden Oktober 2008. <https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/Bildung/AllgBildung/2008-10-22-Qualifizierungsinitiative.pdf>.
 3 Im Folgenden wird im Wesentlichen auf die Angaben unterschiedlicher Ausgaben von „Statistisches Bundesamt (Destatis): Bildungsausgaben. Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft“ zurückgegriffen. Auch real – also unter Berücksichtigung der Inflation – haben die Ausgaben für Bildung, Forschung und Wissenschaft leicht zugelegt.

Abb. 3: Ausgaben für Bildung, Forschung und Wissenschaft – Zielverfehlung in Mrd. Euro



(Abbildung 3). Es klafft also eine große Lücke zwischen den selbst gesetzten Zielen und der Realität. Das Budget für „Bildung, Forschung und Wissenschaft“ ist chronisch unterfinanziert!

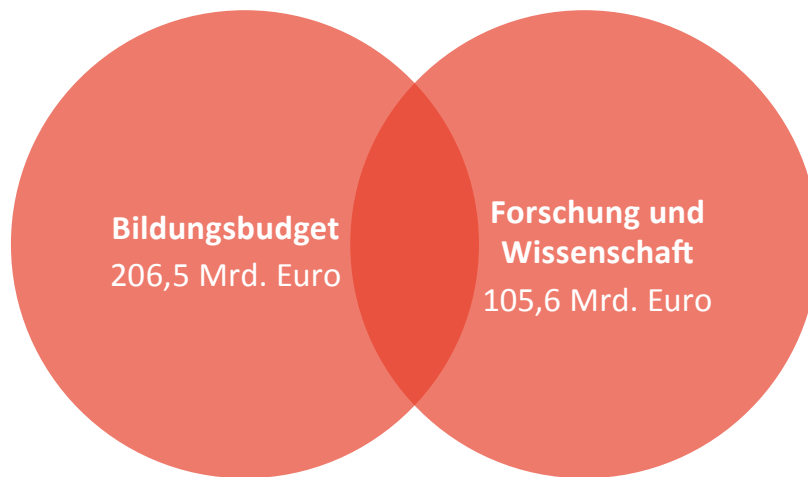
Dabei stellt sich die Situation für die beiden Bereiche „Bildung“ und „Forschung und Wissenschaft“ unterschiedlich dar. Im Jahr 2017 lag das „Bildungsbudget“ – also die Summe von privaten und öffentlichen Ausgaben für Bildung – bei 206,5 Mrd. Euro. Dies entspricht 6,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Das ist eine klare Unterschreitung des selbst gesetzten Ziels von 7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Die Differenz zur Planzahl würde noch krasser ausfallen, wenn jene Bildungsausgaben, die auf Forschung und Entwicklung (F&E) im Hochschulbereich entfallen (2017: 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts), direkt herausgerechnet würden. Durch diese Doppelzählung – diese Ausgaben werden beiden Posten, „Bildung“, aber auch „Forschung und Wissenschaft“, zugeschlagen – erhöht sich das Bildungsbudget.

Der Posten „Forschung und Wissenschaft“ kam im Jahr 2017 auf ein 105,6 Mrd. Euro; das entspricht 3,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Der Bildungsgipfel hatte die Zielgröße von 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts genannt. Im Bereich „Forschung und Wissenschaft“ wurde

demnach die Zielgröße des Bildungsgipfels leicht überschritten. Hier schlägt auch zu Buche, dass privat finanzierte Forschungsausgaben ebenso wie vom Ausland finanzierte Drittmittelprojekte mitgezählt werden. Eine Aufschlüsselung über die Finanzierungsquellen liegt nur bis zum Jahr 2016 vor. Damals lagen beispielsweise die dem Budget für Forschung und Wissenschaft zugerechneten Ausgaben für Forschung und Entwicklung bei insgesamt 92,2 Mrd. Euro. Davon entfielen 60,4 Mrd. Euro auf den privaten Bereich, weitere 5,5 Mrd. Euro wurden vom Ausland für Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten etwa an Hochschulen gezahlt. Der öffentliche Bereich war demnach zu weniger als 30 Prozent an diesen Ausgaben beteiligt.

Aufgrund systematischer Doppelzählungen berechnet sich das Gesamtbudget „Bildung, Forschung und Wissenschaft“ nicht einfach aus der Summe der Einzelposten (**Abbildung 4**), sondern das Statistische Bundesamt nimmt eine spezifische Konsolidierung vor. So ergeben sich für das Jahr 2017 konsolidierte Gesamtausgaben von 295,1 Mrd. Euro oder anders ausgedrückt: Das gesamte Budget von „Bildung, Forschung und Wissenschaft“ lag bei 9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts – statt beim geforderten Mindestbetrag von 10 Prozent.

Abb. 4: Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft 2017



Quelle: Statistisches Bundesamt (Destatis) (2019): Bildungsausgaben. Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft. Eigene Darstellung.

[zurück zum Inhalt](#)

4. Fokus: Bildungsausgaben in Deutschland

Der Bildungsgipfel hatte erklärt, dass ab dem Jahr 2015 7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für „Bildung“ verwendet werden sollen. Zu beachten ist, dass es sich bei diesen Bildungsausgaben um die Summe aus staatlichen und privaten Ausgaben handelt. Steigende Bildungsausgaben bedeuten demnach nicht zwangsläufig steigende staatliche Ausgaben für den Bildungssektor.

Die nationale Definition von „Bildungsausgaben“ weicht in Deutschland von der internationalen Definition ab. Bei der internationalen Definition werden die Ausgaben für das formale Bildungssystem erfasst. Hierzu gehören beispielsweise die direkten Ausgaben für Krippen, Kindergärten, Schulen und Hochschulen. Die Bildungsausgaben nach internationaler Definition machen den größten Teil der Bildungsausgaben nach nationaler Definition aus. Die nationale Definition geht über die internationale Abgren-

zung hinaus, indem sie auch Ausgaben für nicht-formale Bildungseinrichtungen wie beispielsweise für Horte, für betriebliche Weiterbildung und Volkshochschulen einbezieht. Schon aufgrund dieser Differenz in der Definition überschreiten die Bildungsausgaben nach nationaler Definition die Bildungsausgaben nach internationaler Abgrenzung in Deutschland systematisch.

Tatsächlich liegen die Bildungsausgaben sowohl in nationaler wie auch in internationaler Abgrenzung regelmäßig unter dem politisch verankerten Ziel von 7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Dabei sind die in Prozent des Bruttoinlandsprodukts gemessenen Bildungsausgaben zunächst im Gefolge des Bildungsgipfels gestiegen. Die internationale Finanzkrise hatte das Bruttoinlandsprodukt schrumpfen lassen. Mit der wirtschaftlichen Erholung nach der internationalen Finanzkrise haben die Bildungs-

Abb. 5: Bildungsausgaben in Prozent des Bruttoinlandsprodukts

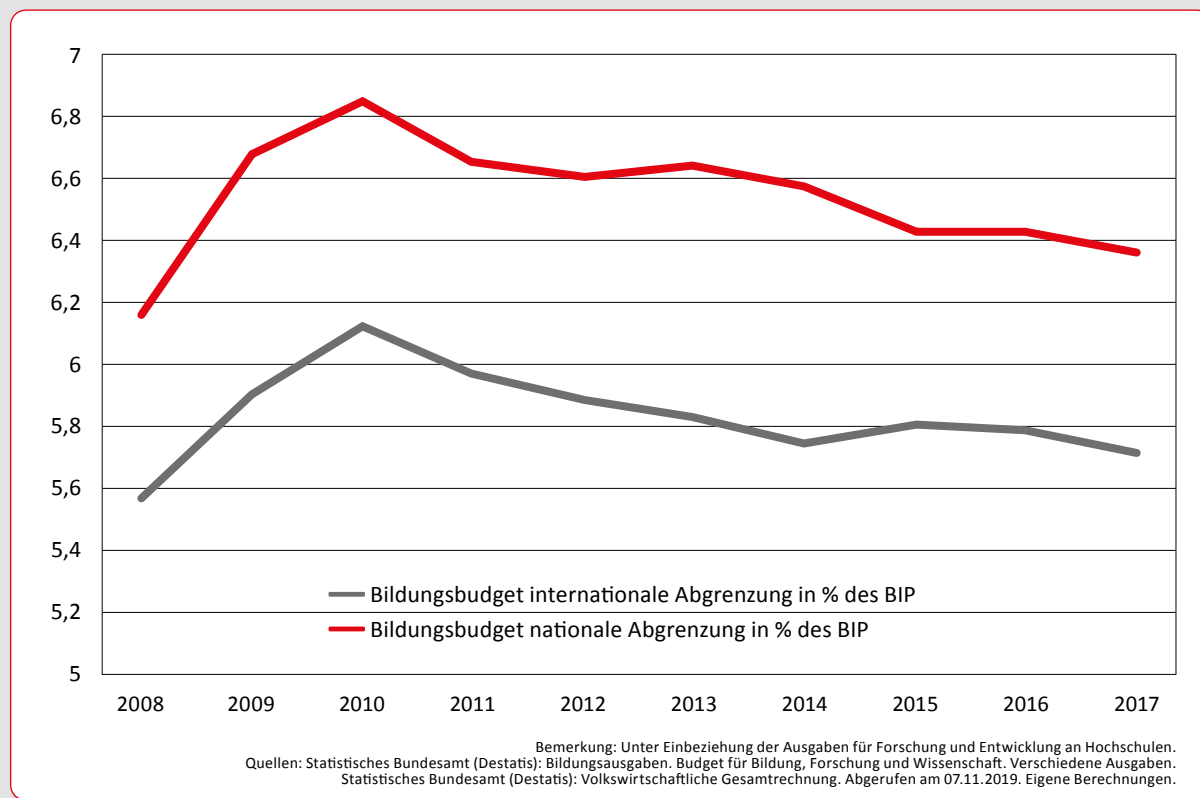
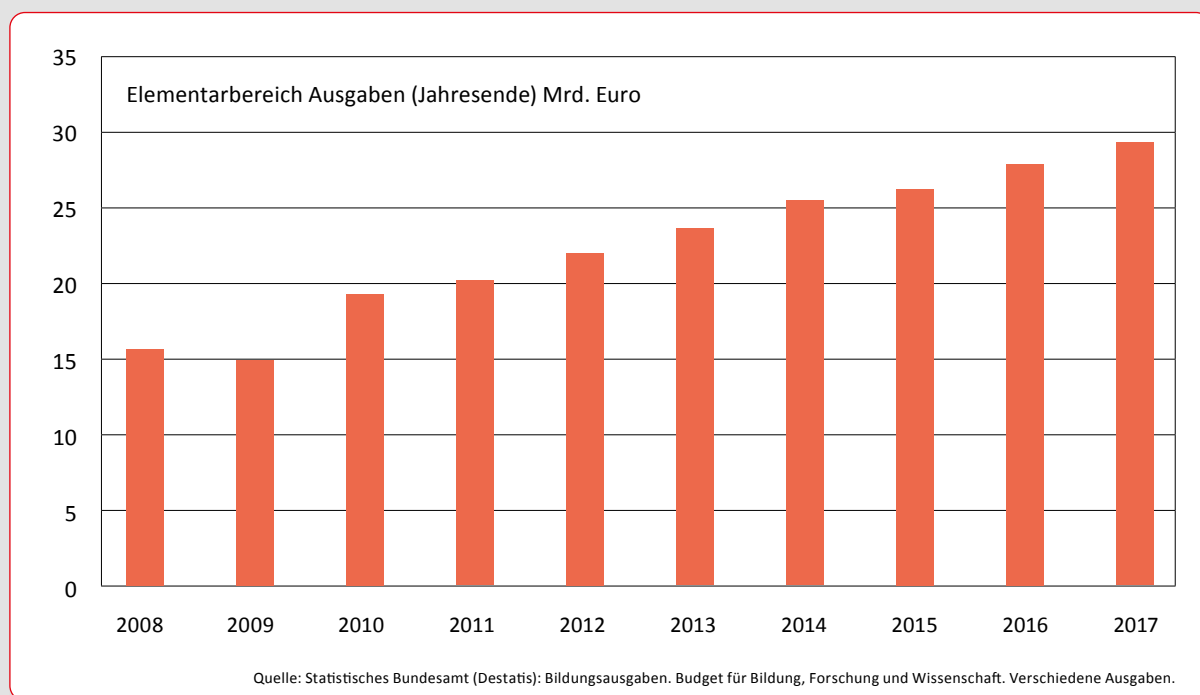


Abb. 6: Bildungsausgaben Elementarbereich in Mrd. Euro



ausgaben nicht Schritt gehalten. Vielmehr sind die in Prozent des Bruttoinlandsprodukts gemessenen Ausgaben in den letzten Jahren sogar noch gesunken. Dies gilt sowohl für die Bildungsausgaben in nationaler wie auch in internationaler Abgrenzung. Gemessen an internationalen Standards werden in Deutschland weniger als 6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Bildung ausgegeben. Legt man die nationale Abgrenzung zugrunde, so waren es zuletzt gut 6,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Anders ausgedrückt: In Zeiten der wirtschaftlichen Erholung ist der Abstand zu dem selbst gesetzten Ausgabenziel von 7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts gestiegen!

Angesichts der vorhandenen Finanzierungs- und Strukturprobleme im Bildungssektor ist dies nicht nachzuvollziehen. Hierbei schlagen offenbar zahlreiche Faktoren zu Buche, die sich im Wesentlichen in einem neoliberalen Staatsverständnis zeigen. Schlagworte sind der „schlanke Staat“, die „Schwarze Null“ und die „Schuldenbremse“. Die Unterfinanzierung des Bildungssektors geht auf systematische Entscheidungen zurück.

4.1 Ausgaben: Elementarbereich (ISCED 0)

Seit dem 1. August 2013 besteht ein Rechtsanspruch auf einen Kindertagesbetreuungsplatz für Kinder ab dem zweiten Lebensjahr (Kinderförderungsgesetz [KiFöG] aus dem Jahre 2008).⁴ Die Veränderungen der gesetzlichen und ordnungspolitischen Rahmenbedingungen zielen auf eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Mit den Veränderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen stieg die Zahl der betreuten Kinder.

Die Gruppe der 0–6-Jährigen wird im Kern dem Elementarbereich zugeordnet. Am 1. März 2019 wurden insgesamt 3.663.344 Kinder in Tageseinrichtungen betreut,⁵ davon 2.793.539 Kinder im Alter von 0–6 Jahren. Damit ist die Zahl der Kinder im Alter von 0–6 Jahren, die in Tageseinrichtungen betreut werden, im Zeitraum zwischen 2009 und 2019 um gut 22 Prozent gestiegen. Besonders stark zugelegt hat die Gruppe der unter 3-Jährigen. In dieser Gruppe ist die Anzahl der Kinder, die in Tageseinrichtungen betreut werden, im Zeitraum zwischen 2009

4 Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2018): Kinderförderungsgesetz. <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/alle-meldungen/kinderfoerderungsgesetz--kifoeg-/86390?view=DEFAULT>. (Zugriff: 07.11.2019).

5 Statistisches Bundesamt (destatis) (2019): Kinder in Kindertageseinrichtungen zum 1. März 2019 nach Bundesländern. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Soziales/Kindertagesbetreuung/Tabellen/kinder-kindertageseinrichtungen-2018.html> (Zugriff: 07.11.2019).

und 2019 um mehr als 90 Prozent gestiegen. Im Jahr 2019 wurden knapp 690.000 Kinder unter drei Jahren in Tageseinrichtungen betreut. Hatte diese Altersgruppe der unter 3-Jährigen im Jahr 2009 noch einen Anteil von gut 15 Prozent an allen Kindern bis 6 Jahren, die in Tageseinrichtungen betreut werden, so liegt dieser Anteilswert inzwischen bei knapp 25 Prozent. Damit hat sich die Alterszusammensetzung der in Tageseinrichtungen betreuten Kinder in den letzten Jahren deutlich geändert. Diese strukturellen Veränderungen in der Alterszusammensetzung der betreuten Kinder haben weitreichende Konsequenzen für die grundlegende Bildungs- und Erziehungsarbeit in Tageseinrichtungen. Trotz alledem wurde die angestrebte Betreuungsquote von 35 Prozent bei den unter 3-Jährigen bislang nicht erreicht.

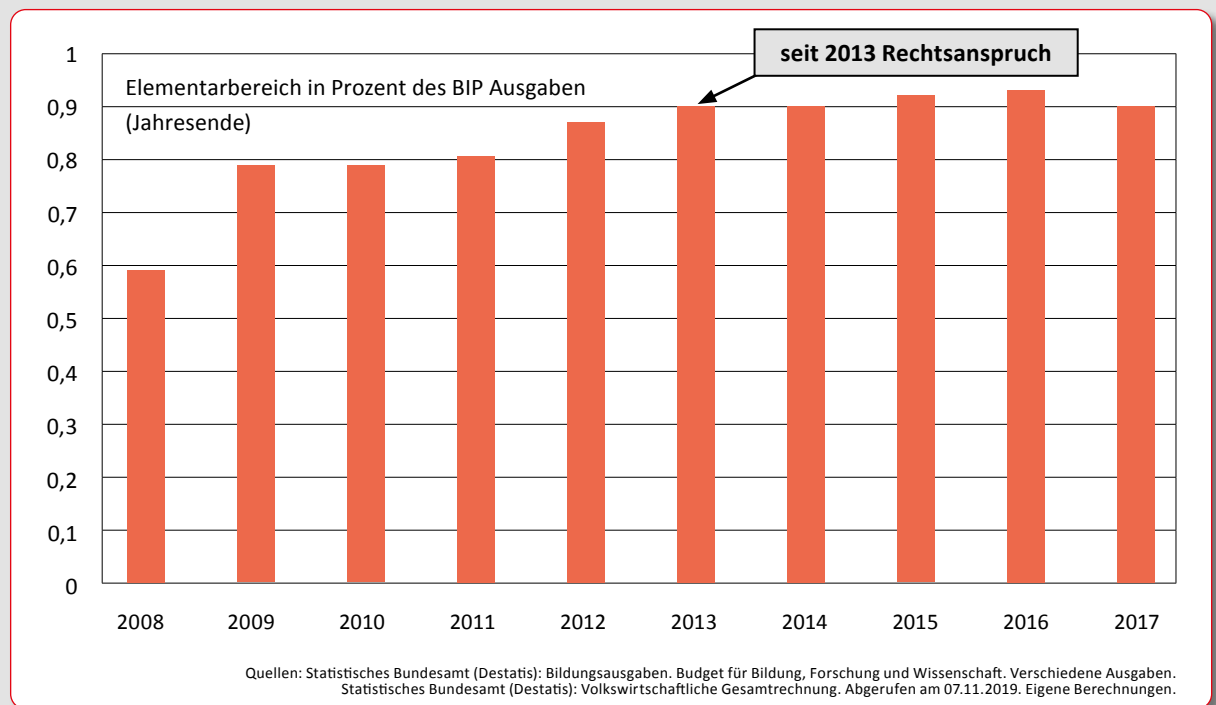
Daten zu den Bildungsausgaben für den Elementarbereich liegen nur bis zum Jahr 2017 vor. Lagen die Bildungsausgaben für den Elementarbereich im Jahr 2008 noch bei 15 Mrd. Euro, so sind sie bis 2017 auf knapp 30 Mrd. Euro gestiegen (**Abbildung 6**). Auch real – also unter Berücksichtigung der Inflation – sind diese Ausgaben im Zeitverlauf gestiegen. Die Veränderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen schlugen sich im Jahr 2013 in einem

Ausgabenanstieg gemessen in Prozent des Bruttoinlandsprodukts nieder (**Abbildung 7**); seit 2013 verharren die Ausgaben für den Elementarbereich auf dem Niveau von gut 0,9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Zuletzt sind sie weniger stark gestiegen als das Bruttoinlandsprodukt.

4.2 Ausgaben: Schulen und schulnaher Bereich (ISCED 1–4)

Während sich die Bildungsausgaben für den Elementarbereich im Beobachtungszeitraum 2008–2017 fast verdoppelt haben, entwickelten sich die nominalen Ausgaben für Schulen und den schulnahen Bereich wesentlich weniger dynamisch. Lagen sie im Jahr 2008 noch bei 78,8 Mrd. Euro, so erreichten sie im Jahre 2017 95,6 Mrd. Euro. Der größte Posten fällt erwartungsgemäß auf die allgemeinbildenden Schulen. Hier wurden die Ausgaben von 55,8 Mrd. Euro im Jahr 2008 in den Folgejahren nur zögerlich erhöht; sie lagen im Jahr 2016 bei 68,6 Mrd. Euro.⁶ Noch langsamer legten die Ausgaben für die berufliche Bildung und betriebliche Ausbildung zu: In der Summe wurden hierfür 2008 21,2 Mrd. Euro ausgegeben. Im Jahr 2016 waren es 22,2 Mrd. Euro.

Abb. 7: Bildungsausgaben Elementarbereich in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



⁶ Aktuellere Zahlen liegen zu den allgemeinbildenden Schulen nicht vor (Stand: November 2019). Statistisches Bundesamt (Destatis) (2019): Bildungsausgaben. Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft 2016/2017. S. 13.

Der nominale Anstieg der Ausgaben für die Schulen und schulnahe Bereiche bleibt deutlich hinter der gesamtwirtschaftlichen Dynamik zurück; das Bruttoinlandsprodukt legte stärker zu als dieser Ausgabenposten. Folglich gingen die Bildungsausgaben für Schulen und für den schulnahen Bereich gemessen als Anteil am Bruttoinlandsprodukt im Zeitverlauf deutlich zurück (**Abbildung 8**). Zwar stiegen die Ausgaben für Schulen und den schulnahen Bereich nach gut 3 Prozent im Jahr 2008 zunächst auf einen Anteilswert von gut 3,3 des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2010. Danach jedoch wurden diese Ausgaben wieder zurückgefahren. Bis zum Jahr 2017 sind die Ausgaben für Schulen und den schulnahen Bereich auf 2,9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts gesunken.

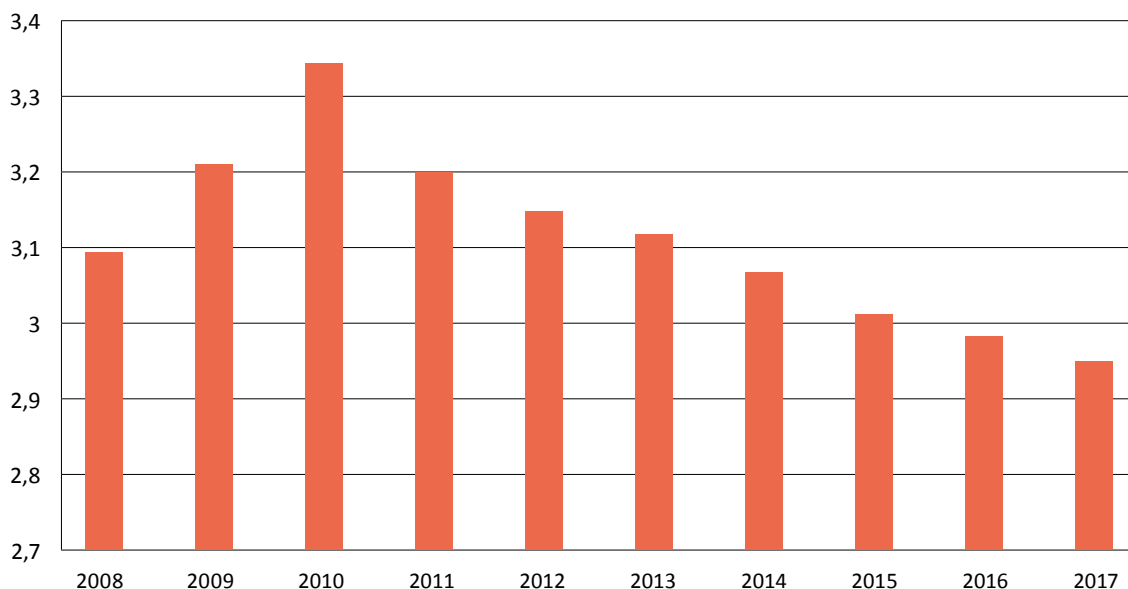
Anders ausgedrückt: Hätten die Ausgaben für Schulen und den schulnahen Bereich auch im Jahr 2017 auf dem Niveau von 2010 gelegen, so hätten allein für das Jahr 2017 etwa 12,7 Mrd. Euro mehr zur Verfügung gestanden!

Trotz der gestiegenen Anforderungen an Schulen und den schulnahen Bereich sind demnach die Bildungsausgaben gemessen in Prozent des Bruttoinlandsprodukts geschrumpft. Der kurzfristige Zuwachs dieses Anteilswertes in den Jahren unmittelbar nach der internationalen Finanzkrise des Jahres 2008 ist im Wesentlichen auf den

starken Einbruch des Bruttoinlandsproduktes und die zunächst langsame Erholung zurückzuführen. Interessanterweise kehrte sich dieser Trend um, als sich die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in den Folgejahren verstetigte. Damit zeigt sich, dass gerade in „guten Jahren“ die Ausgaben für Schule und den schulnahen Bereich nicht mit der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung Schritt gehalten haben.

Von diesem relativen Ausgabenrückgang sind sowohl die allgemeinbildenden Schulen als auch die beruflichen Bildungsgänge und die betriebliche Ausbildung betroffen. Gelegentlich wird diese Entwicklung in einen Zusammenhang mit sinkenden Schüler*innenzahlen der Allgemeinbildenden Schulen gestellt.⁷ Tatsächlich sind die Schüler*innenzahlen an Allgemeinbildenden Schulen zwischen dem Schuljahr 2008/09 und dem Schuljahr 2015/2016 von 9 Millionen auf 8,3 Millionen zurückgegangen. Seitdem haben sich die Schüler*innenzahlen stabilisiert, sie haben zuletzt sogar leicht zugelegt. Die Ausgaben für den Bildungsbereich „Schulen und schulnaher Bereich“ waren aber gemessen in Prozent des Bruttoinlandsprodukts weiter rückläufig. Dies wiegt schon deshalb besonders schwer, weil im Beobachtungszeitraum die Anforderungen an Schulen und den schulnahen Bereich deutlich gestiegen sind. Ein Stichwort ist in diesem Zusammenhang

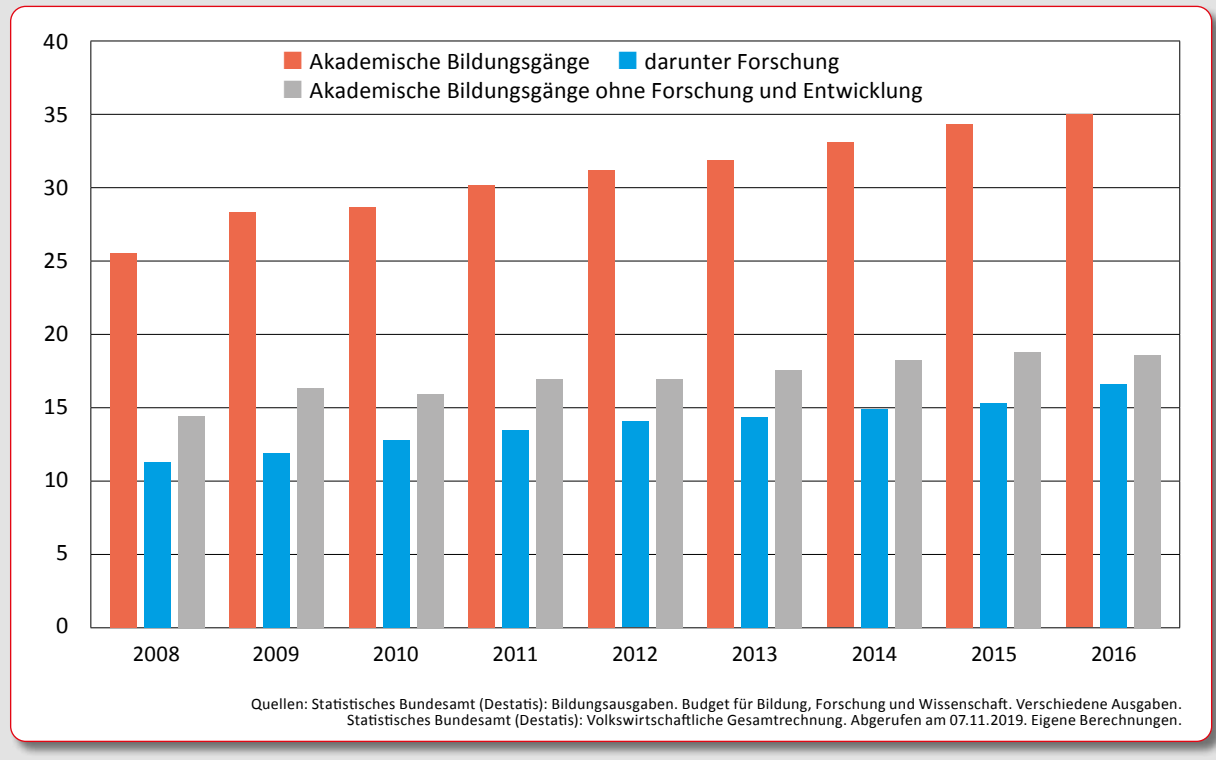
Abb. 8: Ausgaben für Schulen und für den schulnahen Bereich (ISCED 1–4) in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



Quellen: Statistisches Bundesamt (Destatis): Bildungsausgaben. Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft. Verschiedene Ausgaben. Statistisches Bundesamt (Destatis): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung. Abgerufen am 07.11.2019. Eigene Berechnungen.

7 Hochgradig volatil sind die Schulanfänger*innenzahlen.

Abb. 9: Ausgaben für Akademische Bildungsgänge in Mrd. Euro



der Ausbau von Ganztagschulen. Zudem hat sich die Bundesrepublik Deutschland mit der Unterzeichnung der UN-Behindertenrechtskonvention dazu verpflichtet, allen Schüler*innen bis 2015 den freien Zugang zu Allgemeinbildenden Schulen zu gewährleisten (Inklusion). Darüber hinaus wird von den Schulen erwartet, dass sie einen nennenswerten Beitrag zur gesellschaftlichen Integration von Migrant*innen leisten. „Ganztag“ ist ein weiteres Stichwort, das die multiprofessionelle Kooperation und Koordination notwendig macht. Die im Beobachtungszeitraum veränderten Rahmenbedingungen stellen neu definierte und hohe Ansprüche an die Schule – ein Rückgang der Ausgaben für Schulen und den schulnahen Bereich gemessen in Prozent des Bruttoinlandsprodukts verschärft diese Situation. Eine „Bildungsrepublik“ kann unter solchen Bedingungen nicht verwirklicht werden.

4.3 Ausgaben: Tertiäre Bildung (ISCED 5–8)

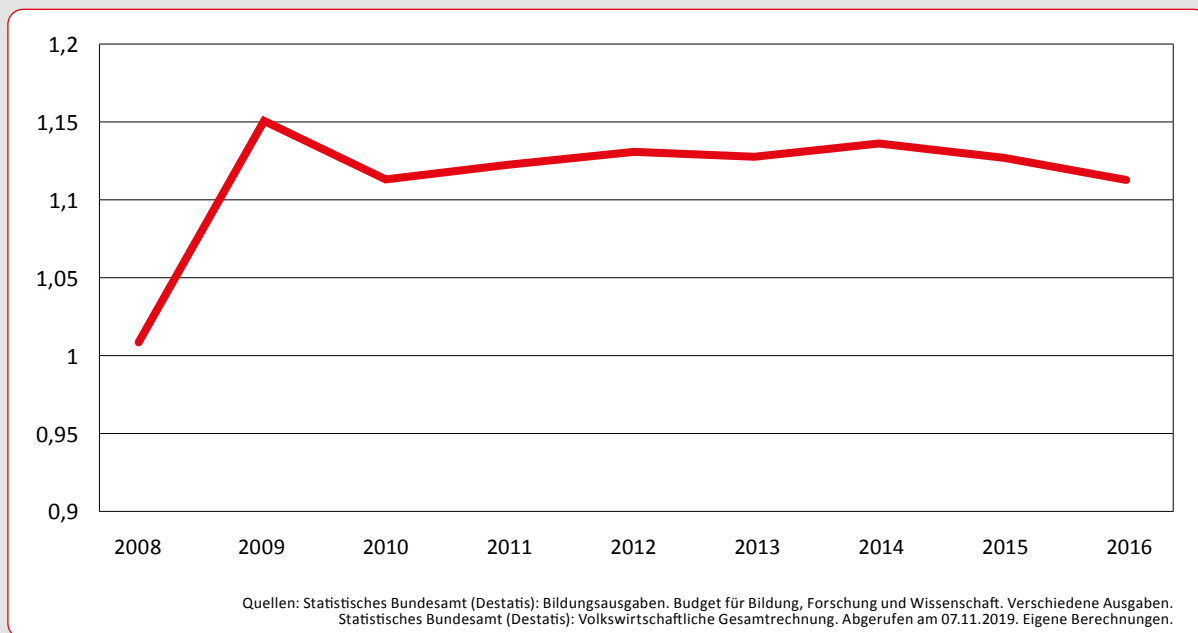
Der Tertiärbereich umfasst Berufsorientierte und Akademische Bildungsgänge. Bei den Berufsorientierten Bildungsgängen handelt es sich um formale Bildungsgänge außerhalb des Hochschulbereichs. Dazu gehören beispielsweise

Erzieher*innenausbildungen ebenso wie Techniker*innenausbildungen.⁸ Die Gesamtausgaben für den Tertiärbereich lagen im Jahr 2017 bei 38,7 Mrd. Euro. Daten für die einzelnen Teilbereiche liegen nur bis zum Jahr 2016 vor.

Die Ausgaben für Berufsorientierte Bildungsgänge machen nur einen sehr geringen Teil der gesamten Ausgaben für die tertiäre Bildung aus. Die Ausgaben für Berufsorientierte Bildungsgänge lagen 2016 bei gut 1 Mrd. Euro und machten damit gerade einmal 2,5 Prozent der Ausgaben für tertiäre Bildung aus. Im gleichen Jahr beliefen sich die Ausgaben für Akademische Bildung auf 35 Mrd. Euro. Von den gesamten Ausgaben für Akademische Bildung in Höhe von 35 Mrd. Euro im Jahr 2016 entfielen 16,6 Mrd. Euro auf Forschung und Entwicklung an Hochschulen; diese Ausgaben sind eigentlich dem Forschungs- und Wissenschaftsbudget zuzuschlagen. Da es bei den Bildungsausgaben für Hochschulen jedoch zu systematischen Abgrenzungsproblemen mit den Ausgaben für Forschung und Entwicklung kommt, sind diese hochschulrelevanten Bildungsausgaben faktisch noch um diese „Forschungs- und Entwicklungsausgaben im Hochschulbereich“ zu kürzen (**Abbildung 9**). Diese Forschungs- und Entwicklungsausgaben, die zunächst dem Bildungsbudget

8 Vergleiche dazu Tabelle 2.

Abb. 10: Ausgaben für Akademische Bildungsgänge in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



zugeschlagen werden, sind nicht marginal. Sie erreichten im Jahr 2017 eine Größenordnung von 47 Prozent der gesamten Bildungsausgaben für den Akademische Bildungsgänge.⁹ Ähnliche Differenzen ergeben sich auch für die Jahre davor; es handelt sich um eine systematische Doppelzählung.¹⁰

Dabei zeigt sich, dass im Beobachtungszeitraum 2008 bis 2016 die „reinen“ Ausgaben für Akademische Bildungsgänge – also ohne Ausgaben für Forschung und Entwicklung – langsamer gestiegen sind als die den Akademischen Bildungsgängen zugeschlagenen Ausgaben für Forschung und Entwicklung. Diese Forschungs- und Entwicklungsausgaben stiegen zwischen 2008 und 2016 nominal um 48 Prozent, während die „reinen“ Ausgaben für Akademische Bildung nominal nur um 28 Prozent zulegten. Folglich hat der Anteil der Ausgaben für Forschung und Entwicklung an den Gesamtausgaben für die Akademische Bildung im Zeitverlauf zugenommen.

Unter Einbeziehung der Ausgaben für Forschung und Entwicklung an Hochschulen erreichen die Ausgaben für die Akademische Bildung gut 1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Dieser Anteilswert schwankt seit Jahren nur geringfügig (**Abbildung 10**). Die weitgehende Stagnation ist beachtenswert, denn sowohl der mehrfach neu aufgelegte Hochschulpakt¹¹ als auch die sogenannte Exzellenzinitiative sollten den Hochschulen eine bessere finanzielle Ausstattung sichern. Dazu kommt, dass die Studienanfänger*innenzahlen ebenso wie die Studierendenzahlen im Zeitverlauf stark gestiegen sind. Die Studienanfänger*innenzahl lag 2005, also vor dem Hochschulpakt, bei 348.586, oder anders ausgedrückt: 36 Prozent der Alterskohorte nahm ein Studium auf. Im Jahr 2017 wurde eine Studienanfänger*innenzahl von 493.620 verbucht. Demnach nahmen fast 54 Prozent der Alterskohorte ein Studium auf.¹² Gleichzeitig hat sich die Ausgabenstruktur innerhalb des Postens „Ausgaben für Akademische Bildungsgänge“ zugunsten der Forschungs- und Entwick-

9 Anders ausgedrückt, bereinigt um die Forschungs- und Entwicklungsausgaben im Hochschulbereich hätte der tertiäre Bereich gerade einmal über ein Budget von 21 Mrd. Euro verfügt. Statistisches Bundesamt (Destatis) (2019): Bildungsausgaben. Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft. Eigene Berechnung auf der Grundlage von S. 13.

10 Für das Jahr 2017 liegen die Vergleichszahlen zur Doppelzählung noch nicht vor.

11 Von 2007 bis 2011 gab es den Hochschulpakt I; von 2011 bis 2015 den Hochschulpakt II und von 2016 bis 2020 läuft der Hochschulpakt III. Ab dem Jahr 2021 soll der Hochschulpakt durch eine dauerhafte Finanzierungszusage ersetzt werden. Darauf hatten sich die Regierungschef*innen von Bund und Ländern im Juni 2019 geeinigt. Demnach sollen von 2021 bis 2023 jährliche Bundesmittel von 1,88 Mrd. Euro und danach dauerhaft von 2,05 Mrd. Euro fließen. Die Bundesländer stellen demnach Mittel in der gleichen Höhe zur Verfügung. Diese Mittelbereitstellung soll zusätzlich zur Grundfinanzierung der Hochschulen erfolgen. Vgl. dazu Bundesministerium für Bildung und Forschung (2019): Zukunftsvertrag Bildung und Studium stärken. <https://www.bmbf.de/de/zukunftsvertrag-studium-und-lehre-staerken-9232.html> (Zugriff: 21.11.2019).

12 Statistisches Bundesamt (Destatis) (2018): Bildung und Kultur. Nichtmonetäre hochschulstatistische Kennzahlen. Fachserie 11. Reihe 4.3.1. Tabelle 01.1.

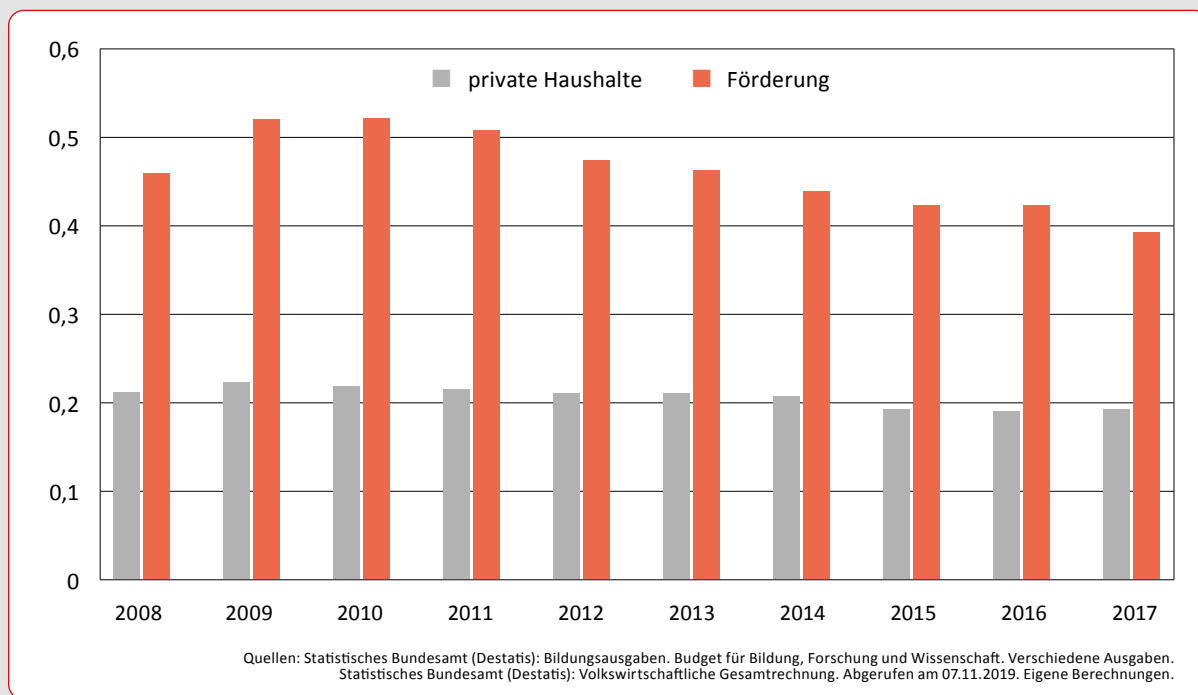
lungsausgaben an Hochschulen verschoben. Anders ausgedrückt: Trotz steigender Studierendenzahl ist der Ausgabenanteil für Lehre im Zeitverlauf gesunken.

Nicht zuletzt hat das deutliche Ungleichgewicht zwischen den Ausgaben für Berufliche Bildung einerseits und für die Akademische Bildung andererseits offenbar dazu geführt, dass das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) die berufliche Bildung im Jahr 2019 mit 604 Millionen Euro fördert und damit in Parallelität zur Exzellenzinitiative für Hochschulen einen Wettbewerb für exzellente berufliche Bildung plant.¹³ Sonderinitiativen können durchaus politisch sinnvoll sein, um die Finanzierung von besonderem Investitionsbedarf zu gewährleisten. Für Daueraufgaben sollte aber eine dauerhafte und solide Finanzierung angestrebt werden, die allen am Bildungssektor Beteiligten eine verlässliche Planung und den Beschäftigten sichere Arbeitsverhältnisse ermöglicht.

4.4 Weitere Bildungsausgaben – in internationaler Abgrenzung

Die Ausgaben privater Haushalte für Bildungsgüter und -dienste, um formale Bildungsgänge zu absolvieren, sind ebenso den Bildungsausgaben zuzurechnen wie die Ausgaben für die Förderung der Bildungsteilnehmenden an den ISCED-Bildungsgängen. Bei den hier berücksichtigten Ausgaben der privaten Haushalte handelt es sich beispielsweise um Ausgaben für Nachhilfeunterricht, Materialien etc., die von Eltern für ihre Kinder im Rahmen der ISCED-Bildungsgänge getätigt werden. Die Datenreihen lassen erkennen, dass die so berechneten Ausgaben im Jahr 2017 bei 6,4 Mrd. Euro lagen (zum Vergleich 2008: 5,6 Mrd. Euro). Gemessen in Prozent des Bruttoinlandsprodukts lässt sich im Zeitverlauf ein geringfügiger Rückgang festmachen. Wesentlich stärker sind dagegen die Ausgaben zur Förderung der Bildungsteilnehmenden gemessen als Anteil des Bruttoinlandsprodukts geschrumpft (**Abbildung 11**). Bei diesem Posten handelt es sich beispielsweise um BAföG-Zahlungen. Auffallend ist, dass die Mittel zur Förderung von ISCED-Bildungsbeteiligten in den letzten Jahren sogar nominal tendenziell

Abb. 11: Ausgaben privater Haushalte außerhalb von Bildungseinrichtungen für Bildungsgüter und Bildungsdienste sowie Ausgaben für die Förderung von ISCED-Bildungsteilnehmenden in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



13 Vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung (2019): Der Haushalt des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Siehe auch: Deutscher Bundestag Wissenschaftlicher Dienst (2019): Kurzinformation Forschungsförderung des BMBF. <https://www.bundestag.de/resource/blob/651442/05269ac2aef380ae9b5fe64f0874c0fb/WD-8-039-19-pdf-data.pdf> (Zugriff: 02.01.2020).

rückläufig sind, während beispielsweise die Studierendenzahlen steigen. Im Jahr 2017 lagen sie bei 12,8 Mrd. Euro. Ein Spitzenwert wurde im Beobachtungszeitraum im Jahr 2011 mit 14,6 Mrd. Euro realisiert. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um staatliche Transferleistungen.

4.5 Andere bildungsrelevante Ausgaben – in nationaler Abgrenzung

Die oben genannten Bildungsausgaben für formale Bildungsgänge werden bei der internationalen Berechnung der Bildungsausgaben einbezogen. Bei der nationalen Berechnung von Bildungsausgaben wird eine weitergreifende Definition zugrunde gelegt. Im Wesentlichen geht es dabei um die Einbeziehung von Ausgaben für Bildung außerhalb der ISCED-Bildungsgänge – wie etwa für Volkshochschulen und für die betriebliche Weiterbildung.¹⁴ Für die Betriebliche Weiterbildung wird regelmäßig gut 0,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts verwandt; zuletzt waren das gut 11 Mrd. Euro (**Abbildung 12**).

Angesichts des vielfach attestierten Fachkräftemangels aber auch der aus der Digitalisierung erwachsenden Herausforderungen erscheint diese Summe gering. Besonders

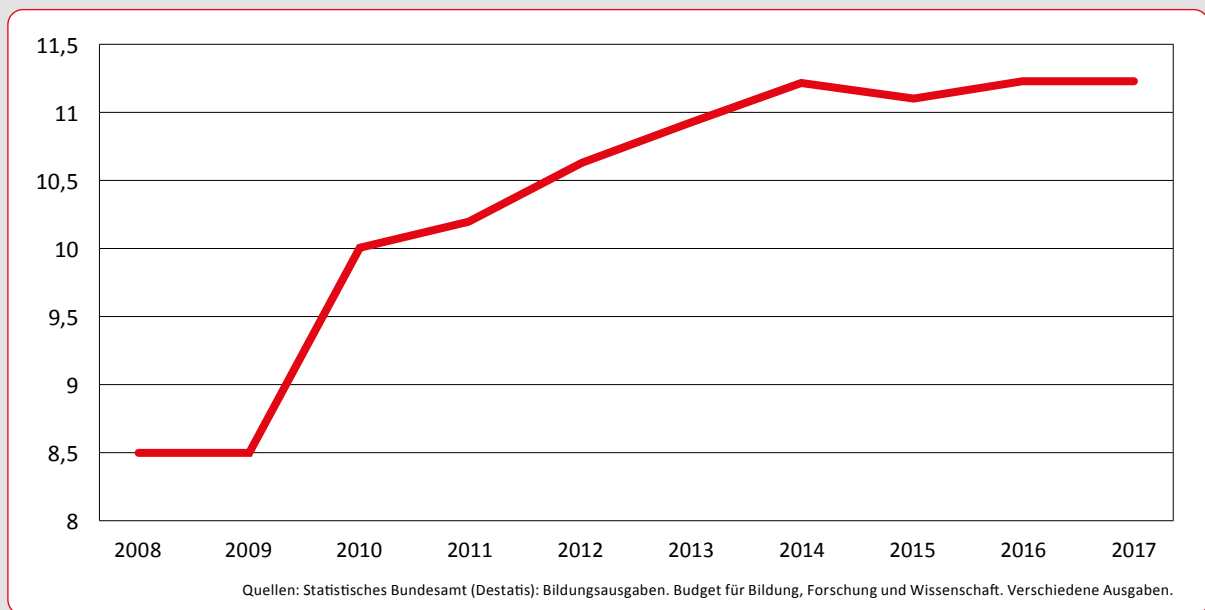
aber überrascht, dass der Anteil der Weiterbildungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt angesichts der aktuellen Digitalisierungsherausforderungen und der demografischen Entwicklung nicht deutlich zugelegt hat.

Die Ausgaben für Volkshochschulen liegen bei etwa einem Zehntel der Ausgaben für betriebliche Weiterbildung. Die Ausgaben für Einrichtungen der Jugendarbeit sind im Zeitverlauf nominal gestiegen; sie lagen zuletzt (2017) bei 2 Mrd. Euro. Gemessen als Anteil am Bruttoinlandsprodukt ergibt sich ein Wert von gut 0,05 Prozent.

4.6 Veränderung der Ausgabenstruktur

Im Beobachtungszeitraum hat sich eine beachtliche Verschiebung der Ausgabenstruktur ergeben. Nach den vorliegenden Daten kommen inzwischen knapp 18 Prozent der Gesamtausgaben für Bildung dem Elementarbereich zugute. Im Jahr 2008 waren nur 12 Prozent. Der Anteil der Ausgaben für Schulen und für den schulnahen Bereich an den Gesamtausgaben ist dagegen im Beobachtungszeitraum kräftig gesunken und beläuft sich auf 57,5 Prozent nach gut 63 Prozent im Jahr 2008. Der Anteilswert des Tertiärsektors hat leicht zugelegt (**Tabelle 3**).

Abb. 12: Betriebliche Weiterbildung in Mrd. Euro



14 Unter den Begriff „Weiterbildung“ fallen nicht nur berufliche Maßnahmen wie Lehrgänge, Umschulungen und Meisterkurse, sondern auch Sprachunterricht, Zweitausbildungen, das Nachholen von Bildungsabschlüssen und interessen- sowie freizeitorientierte Bildungsangebote. Vor diesem Hintergrund ist sind Weiterbildungsausgaben teilweise kaum von den Bildungsausgaben abzugrenzen. Vgl. dazu auch Bundesministerium für Bildung und Forschung (2019): Bildung – Weiterbildung. <https://www.bmbf.de/de/weiterbildung-71.html> (Zugriff: 30.08.2019).

Tab. 3: Anteil an den gesamten Bildungsausgaben in Prozent (internationale Abgrenzung)

	2008	2017
ISCED 0 = Elementarbereich	12,4	17,7
ISCED 1–4 = Schulen und schulnahe Bereich	63,2	57,5
ISCED 5–8 = Tertiärbereich	22,2	23,3
Sonstiges	2,2	1,7

Quellen: Statistisches Bundesamt (Destatis): Bildungsausgaben. Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft. Verschiedene Ausgaben. Eigene Berechnungen.

Das gesamte Bildungsbudget lag 2017 unter Einbeziehung der Ausgaben für Forschung und Entwicklung an den Hochschulen bei 6,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Die Zielgröße war 7 Prozent. Nicht zuletzt angesichts der Tatsache, dass das Gesamtbudget für Bildung hinter den Zielvorgaben von 7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zurückbleibt, scheint ein Wettbewerb zwischen den einzelnen Bildungsbereichen um die zur Verfügung stehenden Ausgaben entstanden zu sein. Auch wenn der Elementarbereich vordergründig zum Gewinner im Wettbewerb um Bildungsausgaben erklärt werden kann, so bleibt er jedoch offenbar, gemessen an den Ansprüchen, die an ihn gestellt werden, in vielen Bereichen unterfinanziert. Ähnliches gilt für den Tertiärbereich, dessen Anteil

an den Bildungsausgaben im Zeitverlauf zugelegt hat. Dies geht zu einem erheblichen Teil darauf zurück, dass die den Tertiärbildungsausgaben zugerechneten Ausgaben für Forschung und Entwicklung an Hochschulen überproportional schnell gestiegen sind. Diese Entwicklung hat nicht zu einer nachhaltigen Verbesserung der Beschäftigungssituation – gerade des sogenannten Mittelbaus – an Hochschulen geführt. Anteilsmäßig verloren haben die Schulen und der schulnahe Bereich. Dabei waren die Schulen und der schulnahe Bereich von zahlreichen bildungspolitischen Maßnahmen wie etwa dem Ausbau des Ganztages, Veränderungen der Schuljahre im Gymnasialbereich, Inklusion etc. betroffen, die zusätzliche Anforderungen stellen.

[zurück zum Inhalt](#)

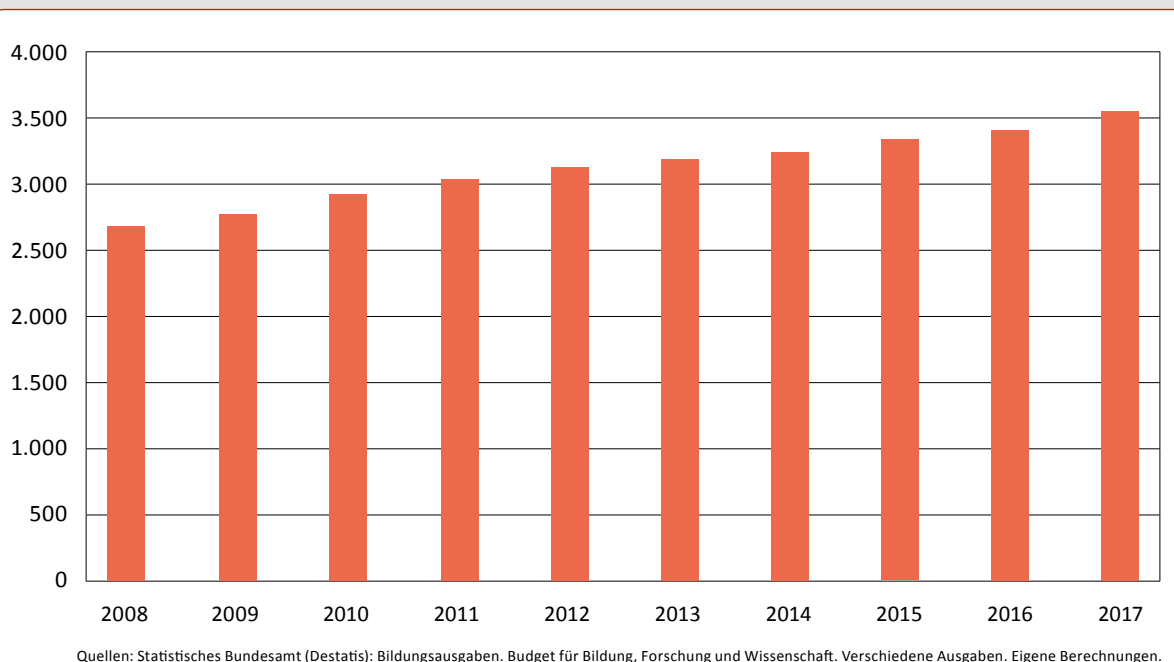
5. Bildung, Forschung und Wissenschaft: Woher kommt das Geld?

Legen wir das Konzept des lebenslangen Lernens zugrunde, so kann es Sinn machen, die Entwicklung der Bildungs-, Forschungs- und Wissenschaftsausgaben pro Kopf der Bevölkerung im Zeitverlauf zu betrachten. Diese Ausgaben sind nominal stetig gestiegen. Demnach wurden in Deutschland im Jahr 2017 Ausgaben für Bildung, Forschung und Wissenschaft von mehr als 3.500 Euro pro Kopf getätigt (**Abbildung 13**). Der Bereich „Bildung, Forschung und Wissenschaft“ ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in Deutschland.

Daten zur Finanzierungsrechnung, also zur Beantwortung der Frage: „Wer leistet die Bildungsausgaben?“ liegen nur bis zum Jahr 2016 vor. Grundsätzlich hat der öffentliche Sektor einen großen Anteil an der Bildungsfinanzierung in

Deutschland. Dieser lag im Jahr 2016 bei 63 Prozent der Bildungsausgaben. Der private Sektor – also Unternehmen und private Haushalte – finanzierten zusammen mit dem Ausland die restlichen 37 Prozent der Ausgaben für Bildung, Forschung und Wissenschaft. Bei den Ausgaben des Auslands schlagen beispielsweise Zahlungen aus internationalen Konsortien für „Forschung und Wissenschaft“ an deutschen Hochschulen zu Buche. Bei den Bildungsausgaben der Unternehmen ist zu beachten, dass Unternehmen diese Bildungsausgaben oftmals steuerlich geltend machen und somit teilweise refinanzieren können.¹⁵ Ähnliches gilt im beschränkten Umfang auch für die privaten Haushalte. Tatsächlich haben sich im Beobachtungszeitraum bemerkenswerte strukturelle Verschiebungen in Bezug auf die Bildungs-, Wissenschafts- und

Abb. 13: Ausgaben für Bildung, Forschung und Wissenschaft pro Kopf in Euro



¹⁵ Vgl. dazu Deutscher Bundestag. Wissenschaftliche Dienste (2016): Dokumentation. Bildungsfinanzierung. <https://www.bundestag.de/resource/blob/480042/c76fd5977b698a112af2c9abba56ed2d/wd-8-067-16-pdf-data.pdf> (Zugriff: 09.11.2019). S. 8.

Tab. 4: Finanzierungsanteile an den Gesamtausgaben für Bildung, Forschung und Wissenschaft

	2009	2016
Bund	13,2	11,7
Länder	40,1	39,1
Kommunen	11,1	12,2
Privat	34,5	35,1
Ausland	1,2	2,0

Quellen: Statistisches Bundesamt (Destatis): Bildungsausgaben. Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft. Verschiedene Ausgaben. Eigene Berechnungen.

Forschungsfinanzierung ergeben (**Tabelle 4**).¹⁶ Die Bedeutung des Privatsektors und des Auslands hat zugelegt; die Bedeutung des öffentlichen Sektors geht entsprechend zurück.

Interessant ist auch, dass der Bund sein finanzielles Engagement – gemessen an den Gesamtausgaben für Bildung, Forschung und Wissenschaft – im Beobachtungszeitraum nennenswert zurückgefahren hat. Ähnliches gilt für die Bundesländer. Verantwortlich für diesen Rückzug des öffentlichen Sektors dürfte auch die Politik der „Schwarzen Null“ sein. Diesem monetären Politikziel wurden andere inhaltliche Politikentscheidungen untergeordnet. In Deutschland wird die Politik der „Schwarzen Null“ auf Bundesebene seit 2014 durchgesetzt. Gemeint ist mit dem Begriff „Schwarze Null“, dass der Bund keine weiteren Schulden aufbaut, sondern die Einnahmen des Bundeshaushalts knapp über den Ausgaben liegen sollen. Mit der vom Finanzministerium angestrebten „Schwarzen Null“ wurde eine klare Hierarchisierung von Politikzielen vorangetrieben. Eine monetäre Zielfunktion wurde zur Richtschnur erhoben – auch für die Ausgaben für Bildung, Forschung und Wissenschaft. Die „Schwarze Null“ ist Ausdruck eines neoliberalen Staatsverständnisses.

Tatsächlich erzielte der Bund im Jahr 2016 einen Überschuss von 5 Mrd. Euro.¹⁷ Damit hätten rein rechnerisch selbst unter dem Regime der „Schwarzen Null“ weitere finanzielle Mittel zur Annäherung an die Zielvorgaben der „Bildungsrepublik“ zur Verfügung gestanden. Auch die Haushalte der Bundesländer wiesen in der Summe im Jahr 2016 einen deutlichen Überschuss aus; dieser lag bei 9 Mrd. Euro. Die vorhandenen Finanzmittel nicht für Bildung zu verwenden, ist eine politische Entscheidung, die der Absichtserklärung, Deutschland in eine Bildungsrepublik zu verwandeln, entgegensteht.¹⁸

Anders als der Bund und die Länder haben die Kommunen, nicht zuletzt bedingt durch ihre Zuständigkeiten für den Elementarbereich, ihre Ausgaben kräftig ausweiten müssen. Sie kommen vielfach an die Grenzen ihrer finanziellen Möglichkeiten. Oftmals weichen sie inzwischen auf Öffentlich-Private-Partnerschaft (ÖPP) oder neuerdings auch auf Formen der Öffentlich-Öffentlich-Partnerschaft (ÖÖP) aus. Dies sind Kooperationsformen, bei denen nicht zwangsläufig auf Finanzmittel der öffentlichen Haushalte zurückgegriffen wird. Bei der ÖÖP wird oftmals angedacht, Eigenbetriebe der öffentlichen Hand – wie etwa Wohnbauunternehmen – zu involvieren.

16 Hier wird bei der Analyse der öffentlichen Bildungsausgaben die sogenannte „Initial Funds Rechnung“ zugrunde gelegt. Diese Betrachtung erlaubt es, den Zahlungsverkehr zwischen den Gebietskörperschaften und damit zwischen den föderalen Ebenen zu berücksichtigen. Beide Betrachtungsweisen, die „Initial Funds Rechnung“ sowie die „Final Funds Rechnung“, weisen das gleiche Gesamtvolumen an Bildungsausgaben aus. Zu Details: Statistisches Bundesamt (Destatis) (2018): Bildungsfinanzbericht. S. 22.

17 „Im Jahr 2016 erzielte der Öffentliche Gesamthaushalt einen Finanzierungsüberschuss in Abgrenzung der Finanzstatistiken in Höhe von 25,8 Mrd. Euro. Gegenüber dem Vorjahr entsprach dies einem Rückgang um 3,4 Mrd. Euro. Der Bund erzielte im Jahr 2016 einen Finanzierungsüberschuss von fünf Mrd. Euro, im Vorjahr hatte er 20,6 Mrd. Euro betragen. Der Grund für den Rückgang des Finanzierungsüberschusses des Bundes gegenüber dem Vorjahr waren die um 6,3 Prozent gestiegenen Ausgaben, während die Einnahmen nur um 1,6 Prozent angestiegen sind. Die Länder erreichten im Jahr 2016 in der Summe einen Überschuss in Höhe von neun Mrd. Euro (+ 4,8 Mrd. Euro gegenüber dem Vorjahr) und die Gemeinden einen Finanzierungsüberschuss von 5,4 Mrd. Euro (+ 2,2 Mrd. Euro gegenüber dem Vorjahr). Die Sozialversicherung verzeichnete einen Finanzierungsüberschuss von 6,4 Mrd. Euro, der sich gegenüber dem Vorjahr um 5,2 Mrd. Euro erhöhte. Seit dem Jahr 2014 weist der Öffentliche Gesamthaushalt Finanzierungsüberschüsse aus.“ Vgl. Statistisches Bundesamt (Destatis) (2017): Öffentliche Finanzen auf einen Blick. Wiesbaden 2017.

18 Vgl. Kaphegy, T. (2016): Bildungsfinanzierung. Weiter denken: Wachstum, Inklusion und Demokratie. Hg. von der GEW.

Dies sind Konstruktionen, die aus den Finanzierungszwängen und Mittelengpässen heraus entwickelt werden und teilweise erhebliche Kosten verursachen.¹⁹

Bildung, Forschung und Wissenschaft brauchen stabile staatlich gesetzte Rahmenbedingungen und langfristig verbindliche Finanzierungszusagen. Neben der öffentlichen Finanzierung wird jedoch verstärkt auf privatwirtschaftliche Elemente gesetzt. Gerade die Bereiche „Forschung und Wissenschaft“ werden damit immer stärker dem Markt unterstellt. Vielfach müssen Forschungsmittel –

auch im internationalen Kontext – im Wettbewerb mit anderen Institutionen eingeworben wurden. Die Einwerbung von Drittmitteln wird inzwischen als Qualitätskriterium verstanden. Drittmittel haben aber in der Regel eine begrenzte Finanzierungslaufzeit. Eine relativ kurzfristige Forschungsfinanzierung kann keine stabile Säule für die langfristigen Aufgaben von „Forschung und Wissenschaft“ sein. Eine solche Entwicklung ist fragil und hat weitreichende Konsequenzen für die Beschäftigungsverhältnisse an den Universitäten und Hochschulen.²⁰

zurück zum Inhalt

19 Vgl. z. B. Eicker-Wolf, K. (2017): Einstürzende Schulbauten ... oder warum ÖPP kein Mittel zur Beseitigung des kommunalen Investitionsstaus ist. Finanzpolitisches Arbeitspapier 1 GEW Hessen.

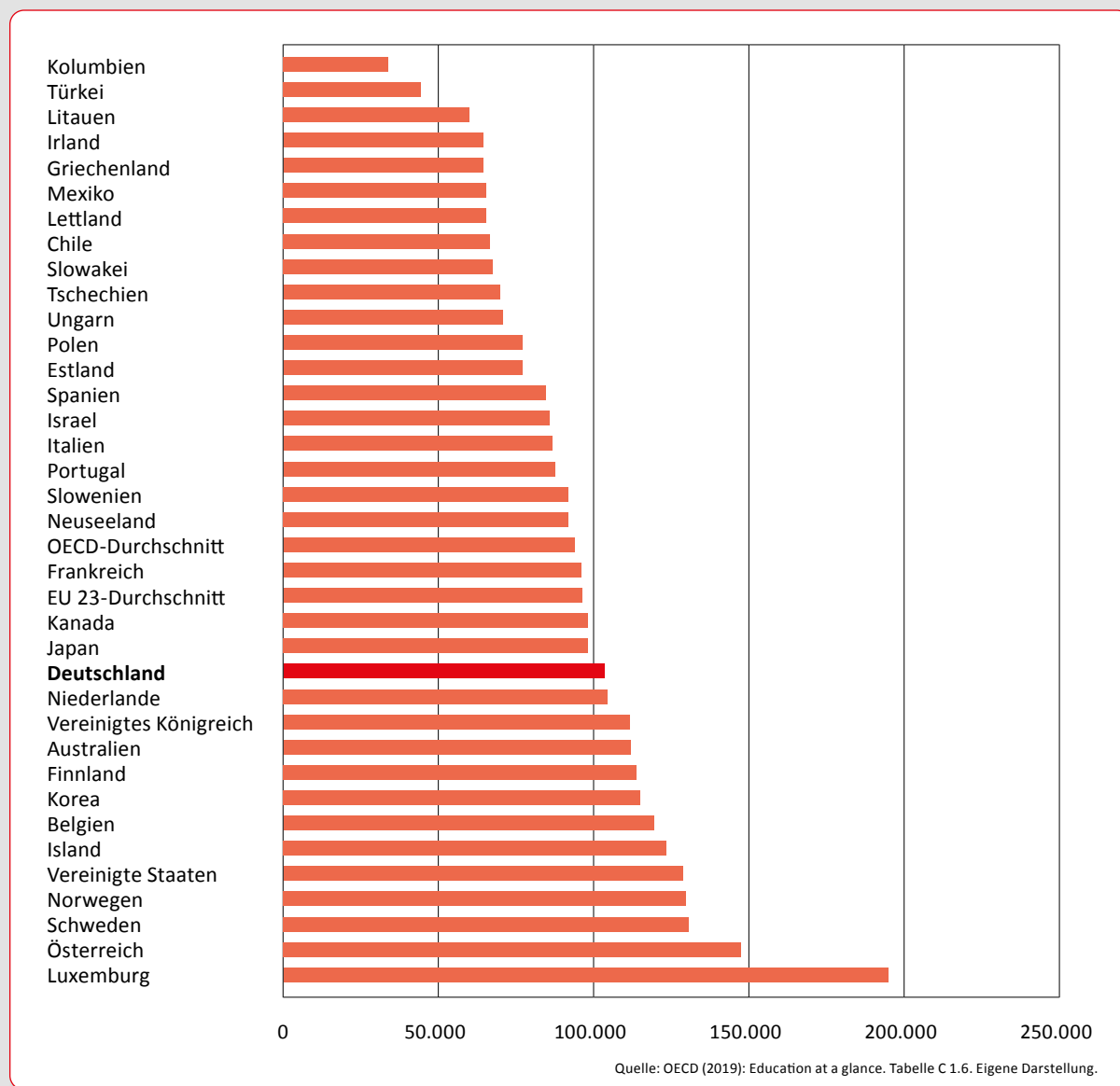
20 Vgl. z. B. Möhring, K; Lenkewitz, S. (2018): Work-Life-Balance und Arbeitsbedingungen von wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Deutschland. In: Zeitschrift für Sozialreform. Band 64. Nr.2. sowie Keller, A. (2008): Alma mater prekär – Prekarisierung wissenschaftlicher Arbeit an Hochschulen. <http://denk-doch-mal.de/wp/alma-mater-prekaer/>. (Zugriff: 18.08.2019).

6. Internationaler Vergleich

Oftmals werden zur Beurteilung der Höhe der Bildungsausgaben internationale Vergleiche herangezogen. Die wichtigsten Daten dazu liefert die OECD. Dabei ist zu beachten, dass die OECD die Ausgaben in US-Dollar umrechnet; hierbei spielen Wechselkurseffekte eine Rolle. Die von der OECD aufbereiteten Daten für den

internationalen Vergleich liegen für das Jahr 2016 vor.²¹ Die OECD liefert neben den nationalen Angaben ihrer Mitgliedsstaaten auch Durchschnittswerte für die 23 OECD-Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (EU-23), die zum Zeitpunkt der Berechnung Mitglied in der OECD waren.²²

Abb. 14: Kumulierte Bildungsausgaben pro Bildungsteilnehmer*in vom 6. bis 15. Lebensjahr; in US-Dollar



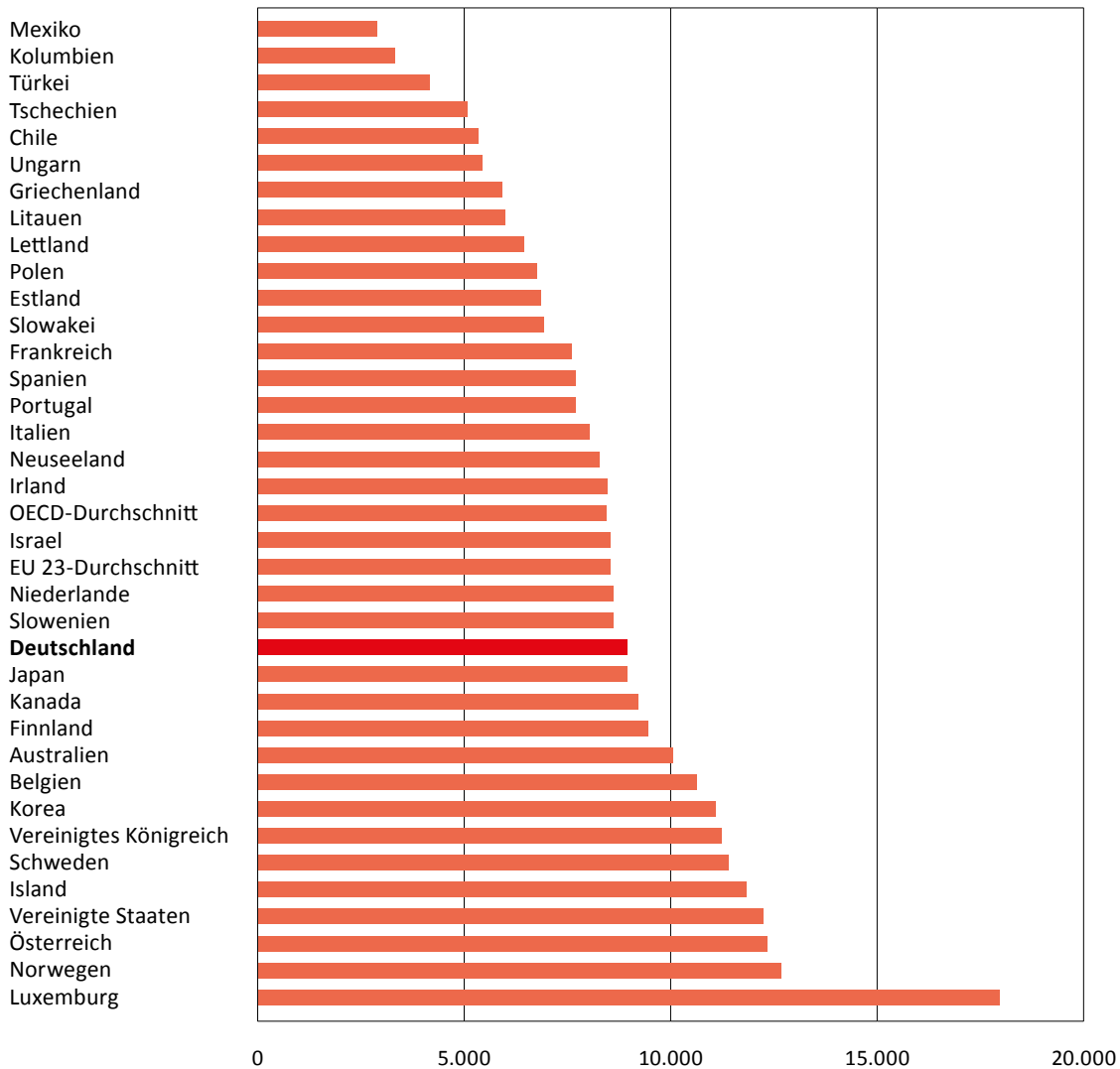
21 Im Folgenden werden Daten verwendet, die auf den statistischen Angaben von OECD (2019): Education at a glance (veröffentlicht 28.10.2019) beruhen. <https://www.oecd.org/education/education-at-a-glance/educationataglan2019-dataandmethodology.htm> (Zugriff: 07.11.2019).
 22 Methodische Bemerkung: Daten zu Dänemark und der Schweiz fehlen in diesem Datenset weitgehend.

6.1 Bildungsausgaben je Bildungsteilnehmer*in im internationalen Vergleich

Wie sind die Bildungsausgaben in Deutschland im internationalen Vergleich zu bewerten? Für diese Analyse werden hier in einem ersten Schritt die kumulierten Ausgaben pro Bildungsteilnehmer*in bis zum Alter von 15 Jahren ohne Elementarbereich herangezogen (**Abbildung 14**).²³ Der internationale Vergleich zeigt, dass die kumulierten Bildungsausgaben pro Bildungsteilnehmer*in in Deutschland

wie angesichts der relativ hohen Wirtschaftsleistung zu erwarten über dem Durchschnitt der OECD-Staaten und über dem Durchschnitt der EU-23 liegen. In Deutschland fielen demnach zwischen dem 6. und dem 15. Lebensjahr im Durchschnitt kumulierte Bildungsausgaben von 102.792 US-Dollar pro Bildungsteilnehmer*in an. Der Vergleichswert für die USA liegt bei 127.129 US-Dollar. Der Durchschnittswert in der OECD liegt bei 92.674 US-Dollar (EU-22: 94.866 US-Dollar). Die höchsten Bildungsausgaben werden in der OECD in Luxemburg getätigt (193.924 US-Dollar);

Abb. 15: Ausgaben pro Bildungsbeteiligten im Primarbereich (2016); in US-Dollar



Quelle: OECD (2019): Education at a glance. Tabelle C 1.1. Eigene Darstellung.

23 Angaben dazu finden sich im OECD Datenset unter Indicator C 1.6. Es werden theoretische Bildungsbiografien herangezogen. Diese Abgrenzung entspricht im Wesentlichen ISCED 1–4.

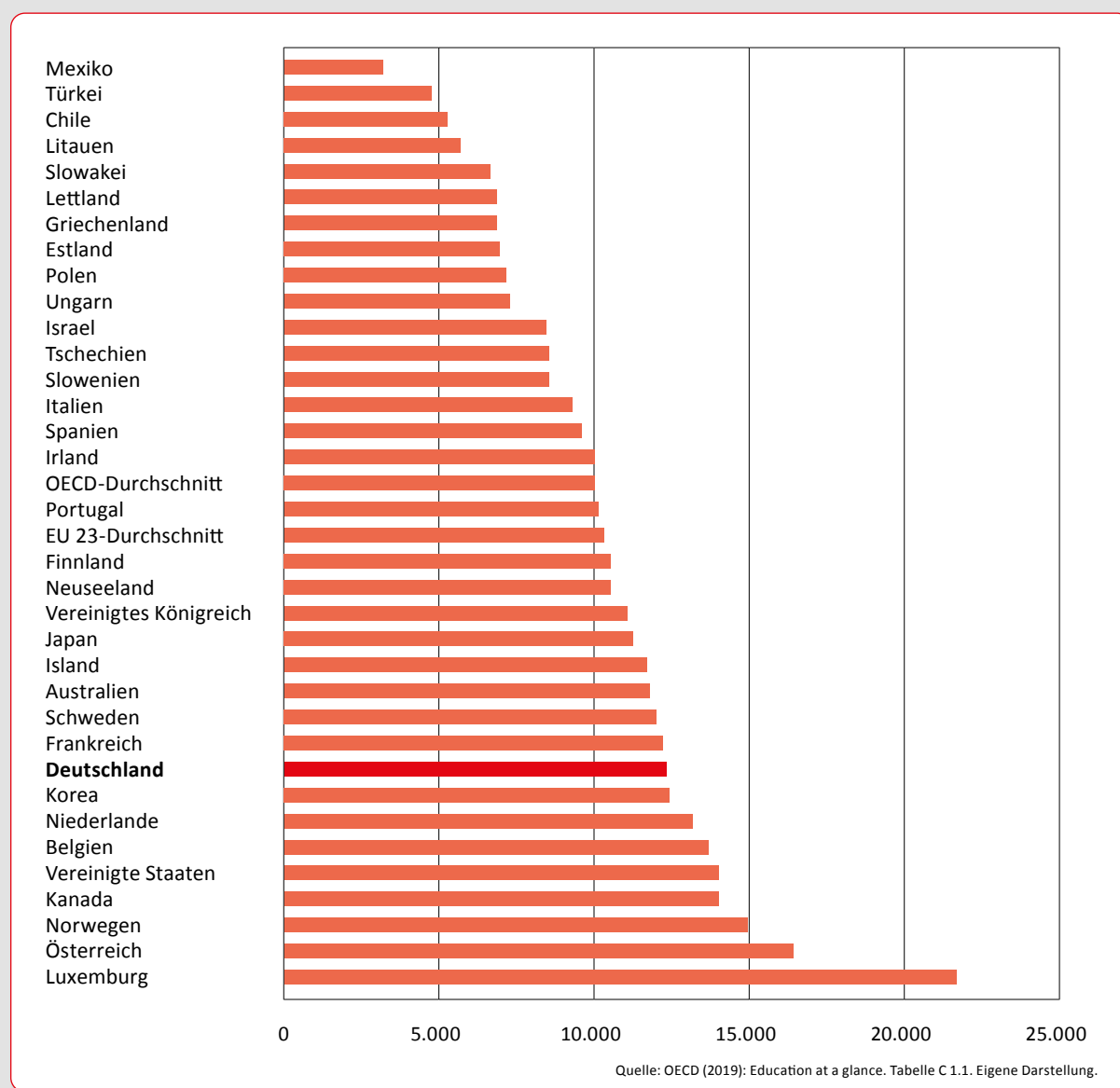
die geringsten in Kolumbien mit 32.365 US-Dollar. Damit ergibt sich eine große Spreizung zwischen den einzelnen OECD-Mitgliedsländern. Deutschland liegt in diesem Gefüge auf Platz 13 von 37.

Im internationalen Vergleich bietet sich auch ein Ranking für Bildungsausgaben im Primar-, Sekundar- und Tertiärbereich an. Dann zeigt sich, dass die jährlichen Ausgaben je Bildungsteilnehmer*in im Primarbereich in Deutschland nur leicht über dem Durchschnittswert der EU-23 und dem Durchschnittswert der OECD-Mitgliedsländer liegen

(Abbildung 15).²⁴ Im Jahr 2016 wurden in Deutschland 8.960 US-Dollar pro SchülerIn im Primarbereich aufgewandt. Zum Vergleich: In den USA waren es 12.184 US-Dollar. Im internationalen Vergleich landet Deutschland demnach auf Platz 14 von 37. Platz 1 wird von Luxemburg eingenommen (2016: 17.913 US-Dollar); das Schlusslicht stellt Mexiko mit gerade einmal 2.961 US-Dollar dar.

Ebenfalls über dem Durchschnittswert der EU-23 und aller OECD-Mitgliedsländern liegen die Ausgaben pro Bildungsteilnehmer*in im Sekundarbereich **(Abbildung 16)**. Für

Abb. 16: Ausgaben pro Bildungsbeteiligten im Sekundarbereich (2016); in US-Dollar



24 Daten auf der Grundlage von Tabelle C1.1 in OECD (2019): Education at a Glance.

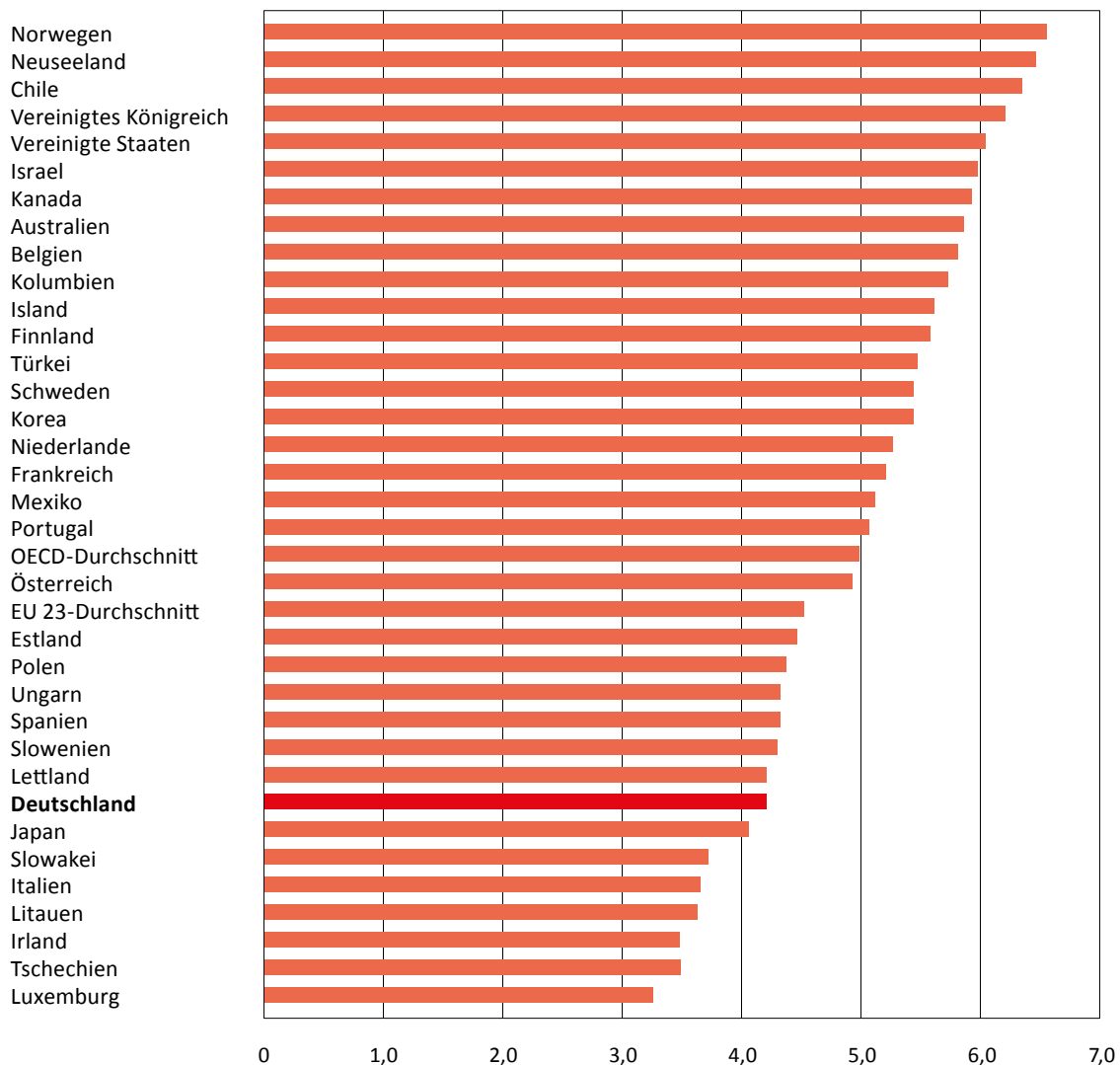
diese Schüler*innen wurden im Jahr 2016 in Deutschland 12.268 US-Dollar pro Kopf ausgegeben. Der Durchschnittswert in der OECD lag bei 10.205 US-Dollar. In dieser Kategorie kommt Deutschland auf Platz 9 von 37.

Vieles ist eine Frage der Definition. Was gehört zum Tertiärbereich? Unter Einbeziehung des Postens „Forschung und Entwicklung“ wurden im OECD-Durchschnitt 15.556 US-Dollar (EU-22: 15.863 US-Dollar) pro Bildungsteilnehmer*in ausgegeben. Deutschland liegt hier mit 17.429 US-Dollar über den Durchschnittswerten auf Platz 14 von 37. Ohne Berücksichtigung der Ausgaben für „Forschung und

Entwicklung“ dagegen schrumpfen die Ausgaben für den Tertiärbereich deutlich. Dies gilt für alle OECD-Länder.

Ohne Berücksichtigung der Ausgaben für „Forschung und Entwicklung“ erreichte Deutschland im Jahr 2016 Platz 10 von 33 OECD-Mitgliedsländern. Deutschland gibt für den Tertiärbereich ohne „Forschung und Entwicklung“ pro Bildungsteilnehmer*in 10.994 US-Dollar aus; der OECD-Durchschnittswert liegt bei 9.732 US-Dollar (EU-23: 9.772 US-Dollar). Am höchsten sind diese Pro-Kopf-Ausgaben wiederum in Luxemburg. Die geringsten Pro-Kopf-Ausgaben fallen in Mexiko an (3.435 US-Dollar).

Abb. 17: Bildungsausgaben in Prozent des Bruttoinlandsprodukts (2016)



Quelle: OECD. Eigene Darstellung.

Insgesamt fällt auf, dass Deutschland bei den Pro-Kopf-Ausgaben für Bildung in den einzelnen Kategorien im Wesentlichen im Mittelfeld liegt und in keiner Kategorie unter den ersten Dreien landet. Dies ist für ein Land, das mit seiner Exportausrichtung auf eine herausragende Weise auf den internationalen wirtschaftlichen Wettbewerb setzt, ein auffallendes Ergebnis.

6.2 Bildungsausgaben in Prozent des Bruttoinlandsprodukts im internationalen Vergleich

Bei einer Analyse der Bildungsausgaben in Relation zum Bruttoinlandsprodukt zeigt sich für Deutschland ein dramatisches Bild. Es wird deutlich, dass Deutschland keineswegs einen Platz im Mittelfeld einnimmt. Vielmehr bleiben die deutschen Bildungsausgaben gemessen in Prozent des Bruttoinlandsprodukts erheblich gegenüber den Bildungsausgaben anderer Nationen zurück. Deutschland liegt in diesem Ranking auf Platz 29! Der Abstand zu dem Spitzenreiter Norwegen macht mehr als 2 Prozentpunkte des Bruttoinlandsprodukts aus (**Abbildung 17**).

Dass der von der OECD berechnete Wert noch einmal unter den eingangs erwähnten Bildungsausgaben nach nationaler und internationaler Abgrenzung liegt, geht auch auf Differenzen in der zugrunde gelegten Berechnungsmethodik zurück. Gemeinsam ist den Zahlenwerken indes, dass die Unterfinanzierung des Bildungssektors in Deutschland klar zu erkennen ist.

Der Abstand zu anderen Ländern ist gewaltig – insbesondere für ein Land, das sich „Bildungsrepublik“ nennen will. Noch stärker schlägt zu Buche, dass der eigentlich auf dem „Bildungsgipfel 2008“ angelegte Aufholprozess gegenüber anderen Ländern offenbar überhaupt nicht stattgefunden hat. In diesem internationalen Vergleich zeigt sich nicht nur in besonders krasser Weise, wie stark der deutsche Bildungssektor unterfinanziert ist. Vielmehr zeigt sich auch die Chronifizierung der Unterfinanzierung des Bildungssektors. Es ist dringend geboten, dass die Politik in Deutschland ihr selbst gesetztes Ziel ernst nimmt und als prioritär für eine nachhaltige Zukunftsgestaltung betrachtet.

[zurück zum Inhalt](#)

7. Nicht-monetäre Indikatoren – Qualität der Bildung

Immer wieder stellt sich die Frage, wie sich der Zusammenhang zwischen Bildungsausgaben und Qualität des Bildungssystems angemessen fassen lässt. Dabei wird gewissermaßen ein Input-Output-Gedanke zugrunde gelegt. Allgemeingültige Qualitätsindikatoren sind jedoch nur schwer zu bestimmen. Letztendlich kann die Qualität eines Bildungssystems nur dann sinnvoll gemessen werden, wenn die gesellschaftlichen Ansprüche an das Bildungssystem klar definiert sind.

Vor diesem Hintergrund wurden auf dem „Bildungsgipfel 2008“ nicht nur monetäre Ausgabenziele formuliert. Vielmehr wurden weitere nicht-monetäre Zielgrößen beschlossen, die auch als Qualitätsindikatoren begriffen werden können. Die Kindertagesbetreuung von unter 3-Jährigen sollte auf 35 Prozent ausgebaut werden. Die Quote an Schulabgänger*innen ohne Schulabschluss sollte halbiert werden; Gleiches wurde für die Quote junger Erwachsener ohne Berufsausbildung vereinbart. Weitere gängige Qualitätsindikatoren sind beispielsweise die Studienanfänger*innenquoten und Studienabrecher*innenquoten.

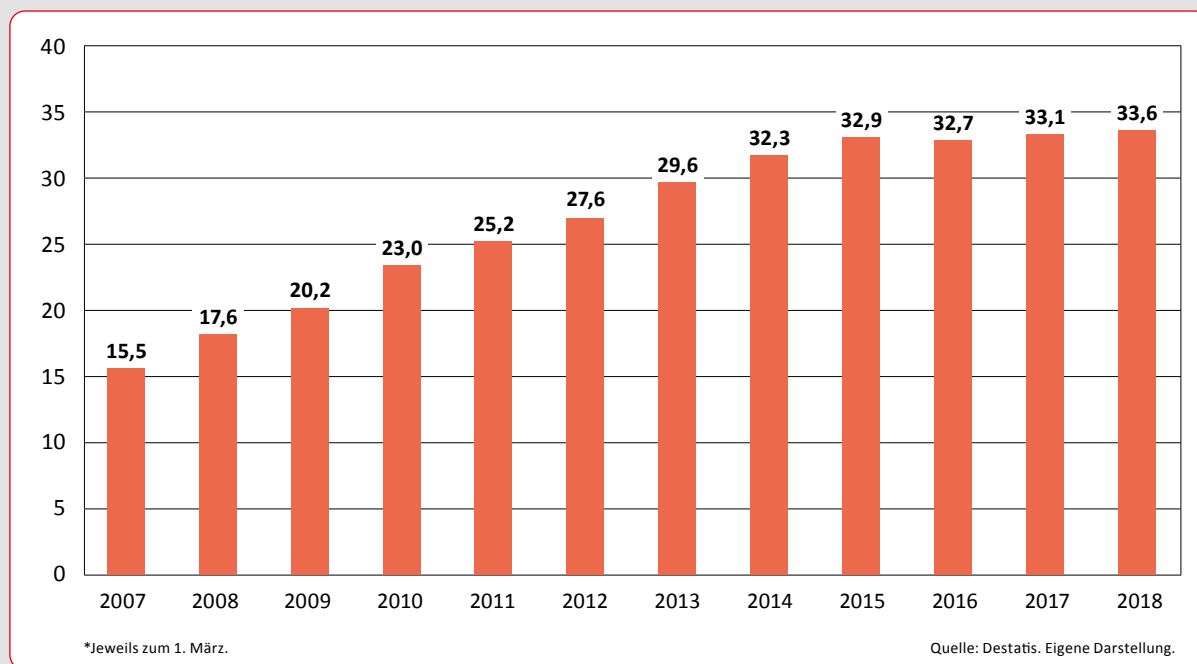
7.1 Kinderbetreuung

Zwar ist insgesamt die Betreuungsquote der unter 3-jährigen Kinder im Zeitverlauf gestiegen, allerdings wurde die für das Jahr 2015 anvisierte Zielgröße von 35 Prozent verfehlt. Bis 2018 ist es nicht gelungen, diese Zielgröße zu realisieren. Im Jahr 2018 lag diese Quote im Bundesdurchschnitt bei 33,6 Prozent (**Abbildung 18**). Der tatsächliche Bedarf liegt weit höher.

Dabei bestehen zwischen den einzelnen Bundesländern erhebliche Unterschiede. So lag die Betreuungsquote für unter 3-jährige Kinder in Bayern bei 27,5 Prozent, in Sachsen-Anhalt bei 57,1 Prozent.

Im internationalen Vergleich fällt auf, dass die frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung in Deutschland vor allem von privaten Trägern übernommen wird. Diese privaten Träger sind oft nicht gewinnorientiert aufgestellt; vielfach handelt es sich um Kirchen und Verbände. Diese Struktur ist historisch gewachsen und führt dazu, dass öffentliche Einrichtungen in Deutschland eine nachgeord-

Abb. 18: Betreuungsquote der unter 3-jährigen Kinder*



Tab. 5: Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung im Jahr 2016 nach Eigentumsform der Bildungseinrichtung

	... für Kinder unter drei Jahren		... für Kinder von drei Jahren bis zum Schuleintritt	
	Öffentlich	Privat	Öffentlich	Privat
Deutschland	26,7	73,3	35,2	64,8
OECD-Durchschnitt	44,1	55,9	66,9	33,1

Quelle: Destatis. Eigene Darstellung.

nete Rolle (**Tabelle 5**) spielen. Dagegen finden die Bildungsangebote für den Elementarbereich im Durchschnitt der OECD-Mitgliedsländer in einem wesentlich größeren Ausmaß in öffentlichen Einrichtungen statt. Dies gilt nicht nur für die Gruppe der unter 3-jährigen Kinder, sondern noch stärker für Kinder in der Altersgruppe von drei Jahren bis zum Schuleintritt.

Die Betrachtung der sogenannten Betreuungsquoten im internationalen Vergleich zeigt, dass Deutschland im Jahr 2016 überdurchschnittlich abgeschnitten hat. Demnach

kamen bei den unter 3-Jährigen auf eine sogenannte Kontaktperson 4,6 Kinder; im OECD-Durchschnitt waren es 5,3 Kinder. Bei den Kontaktpersonen handelt es sich nicht nur um ausgebildete Erzieher*innen, sondern auch um Hilfskräfte. Bei der Gruppe der Kinder im Alter von 3 Jahren bis zum Schuleintritt kamen in Deutschland 8,8 Kinder auf eine Kontaktperson (OECD-Durchschnitt: 12,1) bzw. 9,6 Kinder auf eine*n Erzieher*in (OECD-Durchschnitt: 14,2). Bei einem solchen internationalen Vergleich ist zu beachten, dass Deutschland zu den wirtschaftlich leistungsstärksten OECD-Staaten zählt.

Tab. 6: Schulabgänger*innen nach Bildungsabschluss

	2006/07	2007/08	2008/09	2009/10
Schulabgänger*innen Anzahl				
Ohne Hauptschulabschluss	70.547	64.918	58.354	53.058
Hauptschulabschluss	228.616	210.381	191.957	179.753
Mittlerer Schulabschluss	392.637	373.503	361.380	350.856
Fachhochschulreife	14.068	14.179	13.312	13.455
Allgemeine Hochschulreife	259.176	266.550	268.558	268.194
Summe	965.044	929.531	893.561	865.316
in Prozent aller Schulabgänger*innen				
Ohne Hauptschulabschluss	7,3	7,0	6,5	6,1
Hauptschulabschluss	23,7	22,6	21,5	20,8
Mittlerer Schulabschluss	40,7	40,2	40,4	40,5
Fachhochschulreife	1,5	1,5	1,5	1,6
Allgemeine Hochschulreife	26,9	28,7	30,1	31,0

7.2 Bildungsabschlüsse

Das Ziel, die Quote der Schulabgänger*innen ohne Schulabschluss bis zum Jahr 2015 zu halbieren, wurde weit verfehlt. Im Jahr 2017 haben 831.812 Schüler*innen die allgemeinbildenden Schulen verlassen. Davon verließen 52.685 Schülerinnen und Schüler die allgemeinbildenden Schulen ohne Schulabschluss; das entspricht einem Anteilswert von 6,3 Prozent.²⁵ Dabei gibt es zwischen den einzelnen Bundesländern große Unterschiede.

Legt man das Schuljahr 2007/2008 als Ausgangsjahr zugrunde, so zeigt die Analyse der Daten des Statistischen Bundesamtes, dass im Jahr 2008 gut 7,3 Prozent der Schulabgänger*innen die Schule ohne einen (Hauptschul-) Abschluss verließen. Eine Halbierung dieser Quote bis zum Jahr 2015 bedeutet, dass eine Zielgröße von etwa 3,6 Prozent im Jahr 2015 angestrebt wird. Tatsächlich war die durchschnittliche Quote von Schulabgänger*innen ohne Hauptschulabschluss im Zeitverlauf zunächst rückläufig. Sie erreichte ihren niedrigsten Wert mit 5,2 Prozent im Schuljahr 2012/13. Bis zum Referenzschuljahr 2015/16 hat sich der Trend jedoch umgekehrt. Die Quote der Schulabgänger*innen ohne (Hauptschul-)Abschluss lag 2014/2015 bei 5,6 Prozent. Damit wurde im Zieljahr 2015 die Zielgröße um 2 Prozentpunkte überschritten.

Dazu kommt, dass in den Folgejahren die Quote der Schulabgänger*innen ohne Abschluss nicht weiter zurückgefahren wurde. Vielmehr zeigt sich weiterhin ein Aufwärtstrend (**Tabelle 6**).

Dazu passt, dass auch die Bildungsausgaben für Schulen und für den schulnahen Bereich gemessen in Prozent des Bruttoinlandsprodukts im Beobachtungszeitraum zurückgefahren wurden. Für die Betroffenen, aber auch für die Gesellschaft als Ganzes hat dies weitreichende Konsequenzen. Ernste Proteste wegen der Verfehlung dieser wichtigen Bildungsziele sind auch 2019 nicht zu verspüren. Offenbar ist hier ein Gewöhnungseffekt eingetreten. Das Verfehlen dieses zentralen Bildungsziels wird zwar immer wieder beklagt, die dahinter liegenden politischen Entscheidungen zur Bildungsfinanzierung sowie der Einfluss struktureller Faktoren werden kaum thematisiert. Teilweise wird auch erklärt, dass die Neuzuwanderung auf die Quoten der Schulabgänger*innen ohne Schulabschluss wirkt. Bei einer solchen Argumentation ist zu beachten, dass dieser Effekt bestenfalls nach 2015 aufgetreten sein kann und auf keinen Fall die über Jahre anhaltend hohe Quote an Schulabgänger*innen ohne Abschluss erklärt.

Gleichzeitig steigt die bildungsabschlussorientierte Konkurrenz. Im Beobachtungszeitraum legte der Anteil der

	2010/11	2011/12	2012/13	2013/14	2014/15	2015/16	2016/17
	49.560	47.648	46.295	46.950	47.435	49.193	52.685
	168.660	157.498	151.314	146.649	139.948	139.243	134.389
	339.758	344.527	377.364	375.791	370.094	369.230	356.812
	13.769	13.945	1.068	841	973	778	628
	311.166	305.172	319.293	280.490	287.862	297.167	287.298
	882.913	868.790	895.334	850.721	846.312	855.611	831.812
	5,6	5,5	5,2	5,5	5,6	5,7	6,3
	19,1	18,1	16,9	17,2	16,5	16,3	16,2
	38,5	39,7	42,1	44,2	43,7	43,2	42,9
	1,6	1,6	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
	35,2	35,1	35,7	33,0	34,0	34,7	34,5

Quelle: Destatis. Eigene Darstellung.

25 Hierbei werden die Daten des Statistischen Bundesamtes zugrunde gelegt.

Schulabgänger*innen mit Allgemeiner Hochschulreife an dem jeweiligen Abschlussjahr in der Tendenz deutlich zu. Dazu passt auch, dass der Anteil der Studierenden in einer Alterskohorte tendenziell zugelegt hat. Allerdings ist für ein Studium nicht zwangsläufig eine Allgemeine Hochschulreife notwendig.

7.3 Junge Erwachsene ohne Berufsausbildung

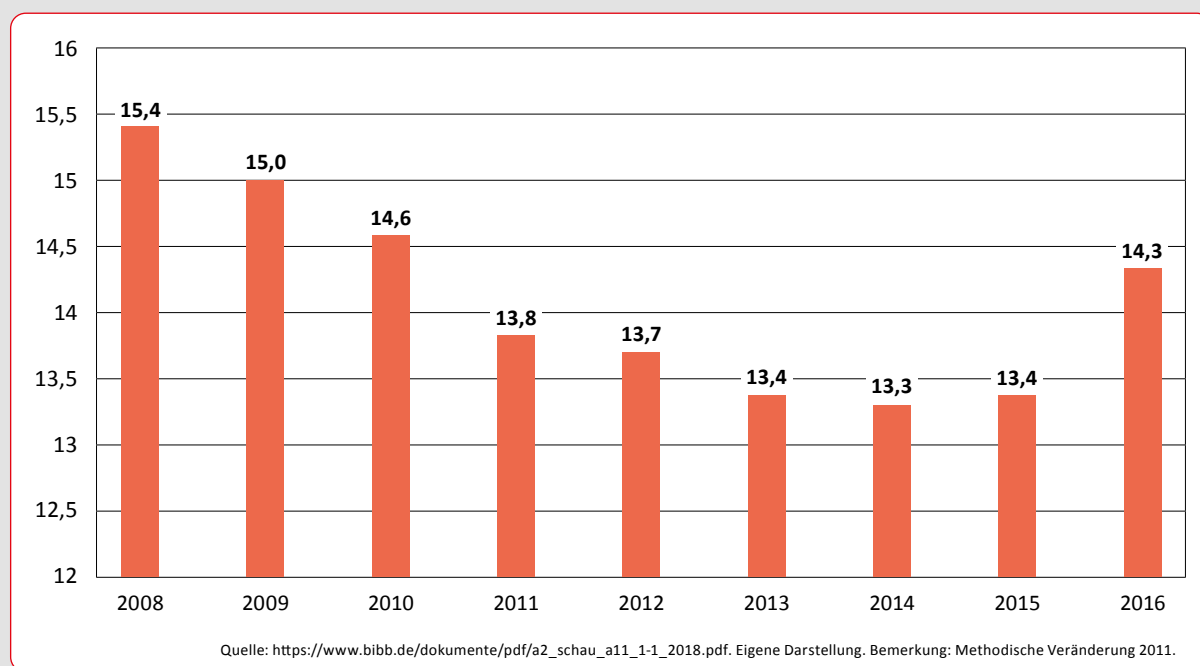
Anders als zu den Schulabgänger*innen ohne Abschluss liegen zu den jungen Erwachsenen ohne Berufsausbildung keine konsistenten Zeitreihen vor. Denn schon der Begriff „junge Erwachsene“ wird unterschiedlich definiert. Das Statistische Bundesamt fasst darunter die Bevölkerung im Alter zwischen 18 und 24 Jahren. Das Bundesinstitut für Berufliche Bildung geht von Menschen im Alter zwischen 20 und 34 Jahren aus. Hier werden aus Gründen der Datenverfügbarkeit die Angaben des Bundesinstituts für Berufliche Bildung zugrunde gelegt.²⁶ Demnach lag der Anteil der jungen Menschen ohne Berufsausbildung an der Gruppe der 20- bis 34-Jährigen im Jahr des Bildungsgipfels (2008) bei 15,4 Prozent. Eine Halbierung der Quote bis 2015 war das Ziel. Demnach hätte im Jahr 2015 eine

Quote von 7,7 Prozent erreicht werden müssen. Tatsächlich jedoch lag die realisierte Quote weit darüber. Im Jahr 2015 waren in der Gruppe der jungen Erwachsenen 13,4 Prozent ohne Berufsausbildung. Diese Quote ist im Folgejahr auf 14,3 Prozent gestiegen. Dieses qualitative Bildungsziel wurde weit verfehlt (**Abbildung 19**).

Im Jahr 2016 waren demnach mehr als 2,1 Millionen Menschen in dieser Altersgruppe ohne Berufsausbildung. Dies, obwohl inzwischen zahlreiche Betriebe dringend nach Auszubildenden suchen. Das Fehlen eines Berufsabschlusses hat wiederum weitreichende Konsequenzen für die Betroffenen und die Gesellschaft. Menschen ohne Berufsabschluss sind in Deutschland stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als andere Bevölkerungsgruppen; im Jahr 2016 lag die Arbeitslosenquote in dieser Bevölkerungsgruppe bei gut 19 Prozent. Zum gleichen Zeitpunkt lag die allgemeine Arbeitslosenquote bei 6,2 Prozent.²⁷

Der aktuelle Anstieg der Quote der jungen Erwachsenen ohne Berufsausbildung wird vielfach auch mit der Qualifikationsstruktur der Zugewanderten in Verbindung gebracht. Denn der Anteil der Menschen ohne Berufsausbildung liegt in der Gesamtgruppe der Zugewanderten mit 37 Prozent höher als im Bevölkerungsdurchschnitt in

Abb. 19: Anteil der jungen Erwachsenen ohne Berufsausbildung in Prozent der Altersgruppe



26 Vgl. Bundesinstitut für Berufliche Bildung (2018): Datenreport. Bonn. Hier: A. Indikatoren zur beruflichen Ausbildung. <https://www.bibb.de/datenreport/de/2018/87170.php>. Diese Datenreihe wurde auf der Grundlage des Mikrozensus konstruiert. Hierbei ergaben sich 2005 und 2011 methodische Veränderungen. Die Ergebnisse sind daher in erster Linie als Trend zu interpretieren.

27 Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2018): Bildung in Deutschland 2018. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Wirkungen und Erträgen von Bildung. Bielefeld. S. 216.

Deutschland (26 Prozent). Dieser im Zusammenhang mit der Zuwanderung diskutierte Effekt ist nicht neu.

7.4 Studienanfängerquoten und Studienabbruchsquoten

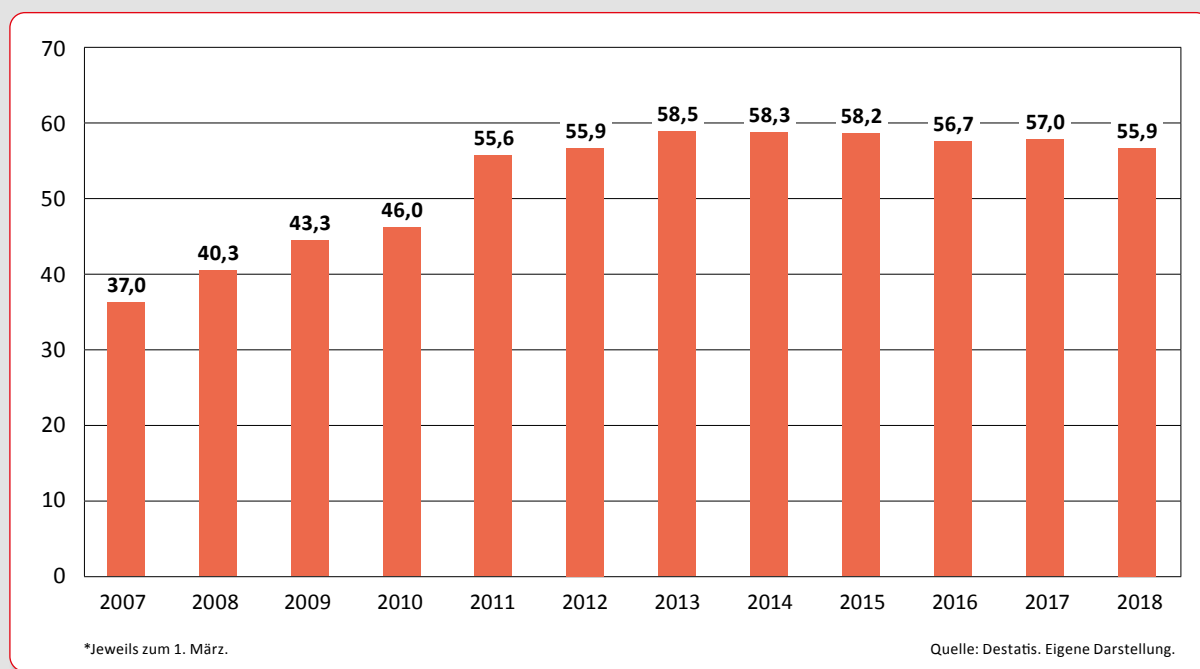
Der Anteil der Studienanfänger*innen an einem Geburtsjahrgang ist im Trend im Beobachtungszeitraum gestiegen. Die Studienanfänger*innenquote lag 2007 noch bei 37 Prozent. Ihren bisherigen Spitzenwert erreichte sie im Jahr 2013 mit 58,5 Prozent. Bis zum Jahr 2018 ist sie leicht auf nunmehr 55,9 Prozent zurückgegangen (**Abbildung 20**). Die starke Steigerung der Studienanfänger*innenquote dürfte zu einem erheblichen Teil auf die zunehmende Akademisierung von Bildung zurückgehen. In diesem Gefüge haben die klassischen dualen Berufsausbildungen einen Nachteil. Die Akademisierung wird auch durch den Grundgedanken der internationalen Vergleichbarkeit von Bildungsabschlüssen – nicht zuletzt im Rahmen des Bologna-Prozesses – vorangetrieben.²⁸ Dazu kommt, dass die OECD immer wieder darauf hinweist, dass die Studierendenquote in Deutschland im internationalen Vergleich gering ist.

Zeitreihen zu Studienabbruchsquoten sind mit zahlreichen Fehlerquellen behaftet. Hier werden Daten des Bundesministeriums für Bildung und Forschung genutzt. Dieser

Datensatz beschränkt sich auf deutsche Studierende. Demnach liegt die Studienabbruchsquote im Bachelor-Bereich seit Jahren bei knapp 30 Prozent (**Abbildung 21**). Besonders häufig wird das Bachelor-Studium an Universitäten abgebrochen (2016: 32 Prozent). Die Abbruchsquote an Fachhochschulen liegt systematisch unter der an Universitäten (2016: 25 Prozent). Auffallend ist, dass die Abbruchsquote kaum nennenswerte Schwankungen aufweist.

Bedingt durch die Tatsache, dass erst im Zuge der Bologna-Reform auf das Bachelor-Master-Schema umgestellt wurde, liegen für den Bereich Master bezüglich des Studienabbruchs nur wenige Informationen vor. Erste Daten gibt es für das Jahr 2012. Dabei zeigt sich, dass die Master-Abbruchsquote zunächst an Fachhochschulen geringer war als an Universitäten. Dann drehte sich dieses Verhältnis bei insgesamt steigenden Abbruchsquoten zugunsten der Universitäten, bevor im Jahr 2016 mit einer 19-prozentigen Studienabbruchsquote ein Gleichstand erreicht wurde. Insgesamt ist damit die Abbruchsquote im Master-Bereich seit 2012 kräftig gestiegen. Mehr als 70 Prozent der Studienabbrecher*innen beginnt nach dem Verlassen der Hochschule eine berufliche Ausbildung oder eine Erwerbstätigkeit.²⁹ Offenbar verbleibt nur ein kleiner Teil der Studienabbrecher*innen im Hochschulsystem und nimmt ein zweites Studium auf.

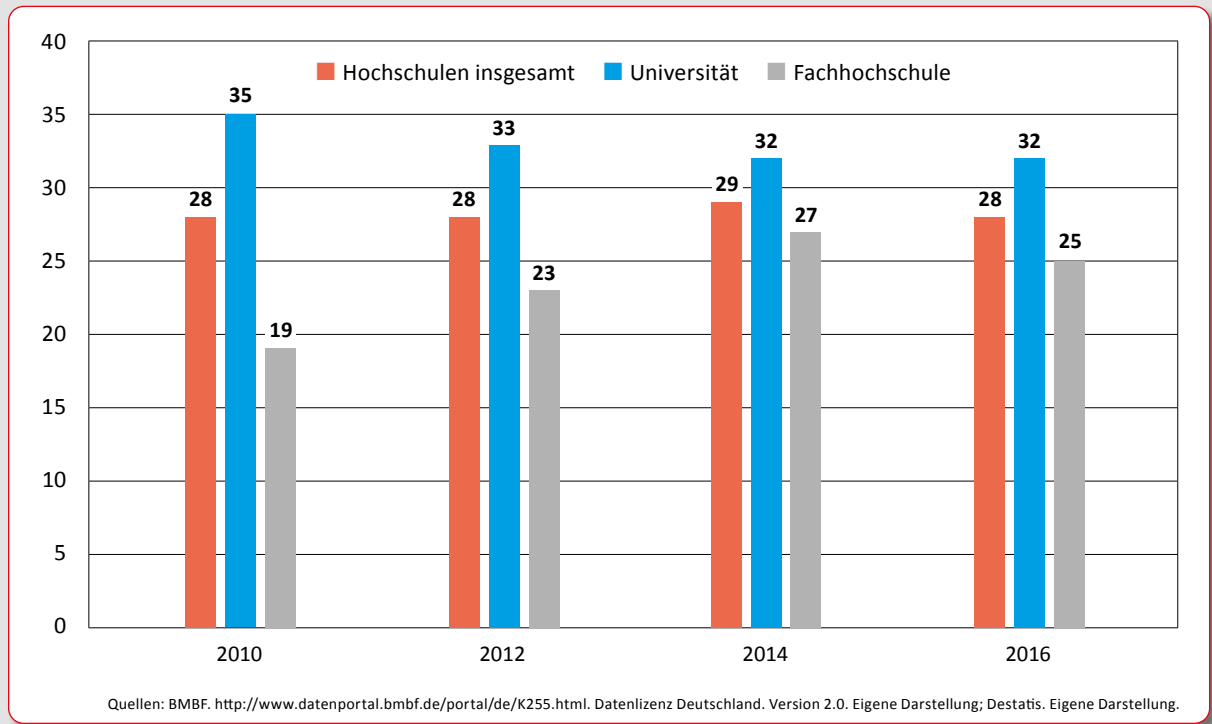
Abb. 20: Studienanfänger*innenquote



28 Die duale Berufsausbildung ist weitgehend eine deutsche Besonderheit.

29 Vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2018): Bildung in Deutschland 2018. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Wirkungen und Erträgen von Bildung. Bielefeld. S. 179.

Abb. 21: Studienabbruchquote – Bachelor



[zurück zum Inhalt](#)

8. Fazit

Beim „Bildungsgipfel“ 2008 wurden monetäre und nicht-monetäre Zielgrößen zur Zukunftsgestaltung formuliert. Im Jahr 2015 sollten diese Ziele erreicht sein. Mehr als zehn Jahre nach dem Bildungsgipfel wird klar, dass die damals von der Politik formulierten zentralen Forderungen und Vorgaben immer noch nicht umgesetzt sind.

Bislang werden die damals geforderten Gesamtausgaben für Bildung, Forschung und Wissenschaft in der Größenordnung von 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts nicht erreicht. Nicht einmal in wirtschaftlich guten Jahren wurden die Bildungsausgaben massiv ausgeweitet. Der internationale Vergleich zeigt, dass viele andere Länder wesentlich höhere Bildungsausgaben als Deutschland tätigen. Während die Bildungsausgaben hinter der Zielmarke von 7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zurückbleiben, übersteigen die Ausgaben für Forschung inzwischen die Zielgröße leicht.

Die prekäre finanzielle Ausstattung im Bereich Bildung hat auch weitreichende Konsequenzen für die Erreichung der beim Bildungsgipfel formulierten qualitativen Ziele. So lässt sich feststellen, dass weder die Quote der Abgänger*innen ohne Abschluss noch die Quote der jungen Menschen ohne Berufsausbildung entsprechend der Zielvorgaben halbiert wurden. Auch wurde – trotz aller Zuwächse – das Ziel einer 35-prozentigen Betreuungsquote für unter 3-jährige Kinder nicht erreicht.

Dieser Bericht konnte nur schlaglichtartig Information über die Situation im Bildungssektor geben. Trotzdem

wird klar, dass die Misere im Bildungssektor in einem erheblichen Maße auf politische Entscheidungen zurückgeht. Seit 2014 wird die sogenannte „Schwarze Null“ aktiv von der Politik durchgesetzt. Diesem Ziel – ein ausgeglichenes Budget des Bundeshaushalts – wurden alle Politikentscheidungen unterworfen. Damit hat sich eine Hierarchisierung der Politik herausgebildet. Anders ausgedrückt: Finanzpolitische Zielvorgaben geben die Entwicklung der Bildungsausgaben vor.

Während es sich bei der „Schwarzen Null“ gewissermaßen um eine freiwillige Selbstverpflichtung der Politik handelt, hat die sogenannte „Schuldenbremse“ Verfassungsrang. Demnach kann der Bund nur noch begrenzt seine Nettoneuverschuldung ausbauen. Diese „Bremse“ gilt seit 2016. Für die Bundesländer tritt die „Schuldenbremse“ 2020 vollumfänglich in Kraft. Kritik an der „Schuldenbremse“ gibt es seit langem. Die „Schuldenbremse“ wird auch von Teilen des Sachverständigenrats³⁰ und inzwischen auch vom arbeitgebernahen Institut der deutschen Wirtschaft³¹ kritisch hinterfragt. Faktisch berührt die Ausgestaltung der „Schuldenbremse“ massiv den zukünftigen Finanzierungsspielraum für Bildungsausgaben.

Auskömmliche Bildungsausgaben sind notwendig, um die Zukunftsfähigkeit zu sichern. In Zeiten des Klimawandels und der Digitalisierung sind Kompetenzen, Kreativität und Können wichtige Faktoren für die gesellschaftliche Zukunftsgestaltung. Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund ist es dringend geboten, dass der Bildungssektor die finanzielle Wertschätzung erfährt, die ihm gebührt.

[zurück zum Inhalt](#)

30 Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2019): Den Strukturwandel meistern. <https://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/jahresgutachten-2019.html> (Zugriff: 28.11.2019).

31 Vgl. Institut der deutschen Wirtschaft (IW): Die Schuldenbremse ist nicht zeitgemäß. <https://www.iwkoeln.de/presse/in-den-medien/beitrag/michael-huether-die-schuldenbremse-ist-nicht-zeitgemaess.html> (Zugriff: 28.11.2019).

Literatur

- Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2018): Bildung in Deutschland 2018. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Wirkungen und Erträgen von Bildung. Bielefeld.
- Bundesinstitut für Berufliche Bildung (2018): Datenreport. A. Indikatoren zur beruflichen Ausbildung. <https://www.bibb.de/datenreport/de/2018/87170.php>.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (2019): Bildung – Weiterbildung. <https://www.bmbf.de/de/weiterbildung-71.html> (Zugriff: 30. August 2019).
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (2019): Der Haushalt des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. <https://www.bmbf.de/de/der-haushalt-des-bundesministeriums-fuer-bildung-und-forschung-202.html> (Zugriff: 1. September 2019).
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (2019): Zukunftsvertrag Bildung und Studium stärken. <https://www.bmbf.de/de/zukunftsvertrag-studium-und-lehre-staerken-9232.html> (Zugriff: 21.11.2019).
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2018): Kinderförderungsgesetz. <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/alle-meldungen/kinderfoerderungsgesetz--kifoeg-/86390?view=DEFAULT>. (Zugriff: 07.11.2019).
- Deutscher Bundestag. Wissenschaftliche Dienste (2016): Dokumentation. Bildungsfinanzierung. <https://www.bundestag.de/resource/blob/480042/c76fd5977b698a112af2c9abba56ed2d/wd-8-067-16-pdf-data.pdf> (Zugriff: 09.11.2019).
- Deutscher Bundestag. Wissenschaftliche Dienste (2019): Kurzinformation Forschungsförderung des BMBF. <https://www.bundestag.de/resource/blob/651442/05269ac2aef380ae9b5fe64f0874c0fb/wd-8-039-19-pdf-data.pdf> (Zugriff: 02.01.2020).
- Die Bundesregierung. Die Regierungschefs der Länder (2008): Aufstieg durch Bildung. Die Qualifizierungsinitiative für Deutschland. Dresden Oktober 2008. <https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/Bildung/AllgBildung/2008-10-22-Qualifizierungsinitiative.pdf>
- Eicker-Wolf, K. (2017): Einstürzende Schulbauten ... oder warum ÖPP kein Mittel zur Beseitigung des kommunalen Investitionsstaus ist. Finanzpolitisches Arbeitspapier 1 GEW Hessen.
- Institut der deutschen Wirtschaft (IW): Die Schuldenbremse ist nicht zeitgemäß. <https://www.iwkoeln.de/presse/in-den-medien/beitrag/michael-huether-die-schuldenbremse-ist-nicht-zeitgemaess.html> (Zugriff: 28.11.2019).
- Kaphegy, T. (2016): Bildungsfinanzierung. Weiter denken: Wachstum, Inklusion und Demokratie. Hg. Von der GEW.
- Keller, A. (2008): Alma mater prekär – Prekarisierung wissenschaftlicher Arbeit an Hochschulen. <http://denk-doch-mal.de/wp/alma-mater-prekaer/>. (Zugriff: 18. August 2019).
- Klemm, K. (2018): Unterwegs zur inklusiven Schule. Bertelsmann-Stiftung. https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/Studie_IB_Unterwegs-zur-inkluisiven-Schule_2018.pdf. (Zugriff: 28.11.2019).
- Möhring, K.; Lenkewitz, S. (2018): Work-Life-Balance und Arbeitsbedingungen von wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Deutschland. In: Zeitschrift für Sozialreform. Band 64. Nr.2.
- OECD (2019): Education at a glance (veröffentlicht am 28. Oktober 2019) beruhen. <https://www.oecd.org/education/education-at-a-glance/educationataglance2019-dataandmethodology.htm> (Zugriff: 07.11.2019).
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2019): Den Strukturwandel meistern. <https://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/jahresgutachten-2019.html> (Zugriff: 28.11.2019).
- Statistisches Bundesamt (Destatis) (2017): Öffentliche Finanzen auf einen Blick. Wiesbaden 2017.
- Statistisches Bundesamt (Destatis) (2018): Bildung und Kultur. Nichtmonetäre hochschulstatistische Kennzahlen. Fachserie 11. Reihe 4.3.1. Tabelle 01.1.
- Statistisches Bundesamt (Destatis) (2015): Bildungsausgaben. Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft 2012/2013.
- Statistisches Bundesamt (Destatis) (2016): Bildungsausgaben. Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft 2013/2014.
- Statistisches Bundesamt (Destatis) (2017): Bildungsausgaben. Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft 2014/2015.
- Statistisches Bundesamt (Destatis) (2018): Bildungsausgaben. Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft 2015/2016.

Statistisches Bundesamt (Destatis) (2019): Bildungsausgaben. Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft 2016/2017.

Statistisches Bundesamt (Destatis) (2018): Bildungsfinanzbericht. Im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland.
https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bildung-Forschung-Kultur/Bildungsfinanzen-Ausbildungsfoerderung/Publikationen/Downloads-Bildungsfinanzen/bildungsfinanzbericht-1023206187004.pdf?__blob=publicationFile

Statistisches Bundesamt (Destatis) (2019): Kinder in Kindertageseinrichtungen zum 1. März 2019 nach Bundesländern.
<https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Soziales/Kindertagesbetreuung/Tabellen/kinder-kindertageseinrichtungen-2018.html>.

[zurück zum Inhalt](#)

Antrag auf Mitgliedschaft

Bitte in Druckschrift ausfüllen



Online Mitglied werden
www.gew.de/mitglied-werden

Persönliches

Nachname (Titel) _____ Vorname _____

Straße, Nr. _____

Postleitzahl, Ort _____

Telefon / Fax _____

E-Mail _____

Geburtsdatum _____ Staatsangehörigkeit _____

gewünschtes Eintrittsdatum _____

bisher gewerkschaftlich organisiert bei _____ von _____ bis (Monat/Jahr) _____

weiblich männlich divers

Berufliches (bitte umseitige Erläuterungen beachten)

Berufsbezeichnung (für Studierende: Berufsziel), Fachgruppe _____

Diensteintritt / Berufsbeginn _____

Tarif- / Besoldungsgebiet _____

Tarif- / Besoldungsgruppe _____ Stufe _____ seit _____

monatliches Bruttoeinkommen (falls nicht öffentlicher Dienst) _____

Betrieb / Dienststelle / Schule _____

Träger des Betriebs / der Dienststelle / der Schule _____

Straße, Nr. des Betriebs / der Dienststelle / der Schule _____

Postleitzahl, Ort des Betriebs / der Dienststelle / der Schule _____

Beschäftigungsverhältnis:

- | | | |
|--|--|--|
| <input type="checkbox"/> angestellt | <input type="checkbox"/> beurlaubt ohne Bezüge bis _____ | <input type="checkbox"/> befristet bis _____ |
| <input type="checkbox"/> beamtet | <input type="checkbox"/> in Rente/pensioniert | <input type="checkbox"/> Referendariat/Berufspraktikum |
| <input type="checkbox"/> teilzeitbeschäftigt mit ____ Std./Woche | <input type="checkbox"/> im Studium | <input type="checkbox"/> arbeitslos |
| <input type="checkbox"/> teilzeitbeschäftigt mit ____ Prozent | <input type="checkbox"/> Altersteilzeit | <input type="checkbox"/> Sonstiges _____ |
| <input type="checkbox"/> Honorarkraft | <input type="checkbox"/> in Elternzeit bis _____ | _____ |

Jedes Mitglied der GEW ist verpflichtet, den satzungsgemäßen Beitrag zu entrichten. Mit meiner Unterschrift auf diesem Antrag erkenne ich die Satzung der GEW an.

Ort / Datum _____ Unterschrift _____

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt a. M.

Gläubiger-Identifikationsnummer: DE31ZZZ0000013864

SEPA-Lastschriftmandat: Ich ermächtige die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der GEW auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Vorname und Name (Kontoinhaber*in) _____

Kreditinstitut (Name und BIC) _____

IBAN _____

Ort / Datum _____ Unterschrift _____

Die uns von Ihnen angegebenen personenbezogenen Daten werden nur zur Erfüllung unserer satzungsgemäßen Aufgaben auf Datenträgern gespeichert und entsprechend den Bestimmungen der Europäischen Datenschutzgrundverordnung (EU-DSGVO) geschützt.
Bitte senden Sie den ausgefüllten Antrag an den für Sie zuständigen Landesverband der GEW bzw. an den Hauptvorstand.

Vielen Dank – Ihre GEW

Fachgruppe

Nach § 22 der GEW-Satzung bestehen folgende Fachgruppen:

- Erwachsenenbildung
 - Gesamtschulen
 - Gewerbliche Schulen
 - Grundschulen
 - Gymnasien
 - Hauptschulen
 - Hochschule und Forschung
 - Kaufmännische Schulen
 - Realschulen
 - Schulaufsicht und Schulverwaltung
 - Sonderpädagogische Berufe
 - Sozialpädagogische Berufe
- Bitte ordnen Sie sich einer dieser Fachgruppen zu.

Tarifgruppe/Besoldungsgruppe

Die Angaben der Entgelt- oder Besoldungsgruppe ermöglicht die korrekte Berechnung des satzungsgemäßen Beitrags. Sollten Sie keine Besoldung oder Entgelt nach TVöD/TV-L oder TV-H erhalten, bitten wir Sie um die Angabe Ihres Bruttoeinkommens.

Betrieb/Dienststelle

Arbeitsplatz des Mitglieds. Im Hochschulbereich bitte den Namen der Hochschule/der Forschungseinrichtung und die Bezeichnung des Fachbereichs/Fachs angeben.

Mitgliedsbeitrag

- Beamt*innen zahlen in den Jahren 2018/2019 0,81 Prozent und in den Jahren 2020/2021 0,83 Prozent der Besoldungsgruppe und -stufe, nach der sie besoldet werden.
- Angestellte mit Tarifvertrag zahlen in den Jahren 2018/2019 0,75 Prozent und in den Jahren 2020/2021 0,76 der Entgeltgruppe und -stufe, nach der vergütet wird; Angestellte ohne Tarifvertrag zahlen 0,7 Prozent des Bruttogehalts.
- Der Mindestbeitrag beträgt immer 0,6 Prozent der untersten Stufe der Entgeltgruppe 1 des TVöD.
- Arbeitslose zahlen ein Drittel des Mindestbeitrags.
- Freiberuflich Beschäftigte zahlen 0,55 Prozent des Honorars.
- Studierende zahlen einen Festbetrag von 2,50 Euro.
- Mitglieder im Referendariat oder Praktikum zahlen einen Festbetrag von 4 Euro.
- Bei Empfänger*innen von Pensionen beträgt der Beitrag 0,68 Prozent des Bruttorehensstandsbezuges. Bei Rentner*innen beträgt der Beitrag 0,66 Prozent der Bruttorente.

Weitere Informationen sind der Beitragsordnung zu entnehmen.

Ihr Kontakt zur GEW

GEW Baden-Württemberg

Silcherstraße 7
70176 Stuttgart
Telefon: 0711/21030-0
Fax: 0711/21030-45
info@gew-bw.de
www.gew-bw.de

GEW Hamburg

Rothenbaumchaussee 15
20148 Hamburg
Telefon: 040/414633-0
Fax: 040/440877
info@gew-hamburg.de
www.gew-hamburg.de

GEW Rheinland-Pfalz

Dreikönigshof
Martinsstraße 17
55116 Mainz
Telefon: 06131/28988-0
Fax: 06131/28988-80
gew@gew-rlp.de
www.gew-rlp.de

GEW Thüringen

Heinrich-Mann-Straße 22
99096 Erfurt
Telefon: 0361/59095-0
Fax: 0361/59095-60
info@gew-thueringen.de
www.gew-thueringen.de

GEW Bayern

Schwanthalerstraße 64
80336 München
Telefon: 089/544081-0
Fax: 089/53894-87
info@gew-bayern.de
www.gew-bayern.de

GEW Hessen

Zimmerweg 12
60325 Frankfurt
Telefon: 069/971293-0
Fax: 069/971293-93
info@gew-hessen.de
www.gew-hessen.de

GEW Saarland

Mainzer Straße 84
66121 Saarbrücken
Telefon: 0681/66830-0
Fax: 0681/66830-17
info@gew-saarland.de
www.gew-saarland.de

GEW-Hauptvorstand

Reifenberger Straße 21
60489 Frankfurt a.M.
Telefon: 069/78973-0
Fax: 069/78973-201
info@gew.de
www.gew.de

GEW Berlin

Ahornstraße 5
10787 Berlin
Telefon: 030/219993-0
Fax: 030/219993-50
info@gew-berlin.de
www.gew-berlin.de

GEW Mecklenburg-Vorpommern

Lübecker Straße 265a
19059 Schwerin
Telefon: 0385/48527-0
Fax: 0385/48527-24
landesverband@gew-mv.de
www.gew-mv.de

GEW Sachsen

Nonnenstraße 58
04229 Leipzig
Telefon: 0341/4947-412
Fax: 0341/4947-406
gew-sachsen@t-online.de
www.gew-sachsen.de

GEW-Hauptvorstand Parlamentarisches Verbindungsbüro Berlin

Wallstraße 65
10179 Berlin
Telefon: 030/235014-0
Fax: 030/235014-10
parlamentsbuero@gew.de

GEW Brandenburg

Alleestraße 6a
14469 Potsdam
Telefon: 0331/27184-0
Fax: 0331/27184-30
info@gew-brandenburg.de
www.gew-brandenburg.de

GEW Niedersachsen

Berliner Allee 16
30175 Hannover
Telefon: 0511/33804-0
Fax: 0511/33804-46
email@gew-nds.de
www.gew-nds.de

GEW Sachsen-Anhalt

Markgrafenstraße 6
39114 Magdeburg
Telefon: 0391/73554-0
Fax: 0391/73134-05
info@gew-lsa.de
www.gew-lsa.de

GEW Bremen

Bahnhofplatz 22-28
28195 Bremen
Telefon: 0421/33764-0
Fax: 0421/33764-30
info@gew-hb.de
www.gew-bremen.de

GEW Nordrhein-Westfalen

Nünningstraße 11
45141 Essen
Telefon: 0201/29403-01
Fax: 0201/29403-51
info@gew-nrw.de
www.gew-nrw.de

GEW Schleswig-Holstein

Legienstraße 22-24
24103 Kiel
Telefon: 0431/5195-150
Fax: 0431/5195-154
info@gew-sh.de
www.gew-sh.de

